

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

50–51/2008 · 8. Dezember 2008



1918/19

Modris Eksteins

Deutschland und der Große Krieg

Andreas Wirsching

Die paradoxe Revolution 1918/19

Nadine Rossol

Weltkrieg und Verfassung als Gründungserzählungen

Robert Gerwarth

Bismarck und die Weimarer Republik

Lars Lüdicke

Die neue Staatenwelt nach 1918

Wolfgang Elz

Versailles und Weimar

Editorial

Mit dem Ersten Weltkrieg begann das 20. Jahrhundert. Die Oktoberrevolution, der Zerfall des Osmanischen und des Habsburgerreiches, neue Vielvölkerstaaten und das Eingreifen der USA auf dem europäischen Kriegsschauplatz veränderten die politische Landkarte grundlegend. In Frankreich, Großbritannien oder Belgien wird auch nach 90 Jahren intensiv der Kriegsoffer gedacht. Das blutige Gemetzel gilt in vielen europäischen Staaten, anders als in Deutschland, bis heute als der „Große Krieg“.

Die nach dem revolutionären Umsturz im November 1918 ausgerufenen deutsche Republik blieb von Beginn an mit dem Makel der Kriegsniederlage behaftet. Im von weiten Kreisen der Bevölkerung als schmachvolles „Diktat“ der Sieger angesehenen Versailler Vertrag wurde dem Kaiserreich und seinen Verbündeten die alleinige Kriegsschuld zugeschrieben. Er sollte eine europäische Friedensordnung gewährleisten, legte jedoch den Keim für einen neuen Weltkrieg.

Es war keineswegs unausweichlich, dass die Weimarer Republik dem Ansturm ihrer Feinde erlag. Die Deutschen hatten sich aus eigener Kraft auf den Weg zur Demokratie gegeben. Mit Außenminister Gustav Stresemann ist eine, wenn auch kurze, „Friedensära“ verbunden. Vereinigungen wie das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold oder die Reichszentrale für Heimatdienst bemühten sich um demokratische Traditionsbildung und Erziehung. Woran ging die erste Republik zugrunde? Es mangelte ihr an entschlossenen Demokraten und an Vertrauen in die demokratischen Institutionen. Die überforderte Republik konnte in der Weltwirtschaftskrise keine gesellschaftliche Bindewirkung mehr entfalten. Bei der Beratung des Grundgesetzes zog der Parlamentarische Rat 1948 Lehren aus den Mängeln der Weimarer Reichsverfassung von 1919.

Hans-Georg Golz

Modris Eksteins

Deutschland und der Große Krieg

Essay

Als im August 1914 der Krieg in Europa begann, glaubte niemand, dass dieser Konflikt die ganze Welt umfassen und ein äußerst schmerzvolles Jahrhundert einläuten sollte. Vereinzelt auftretende Untergangspropheten wurden rasch von einer Flutwelle des Optimismus zum Schweigen gebracht, die jede Krieg führende Nation überschwemmte. Der Krieg würde in wenigen Wochen, spätestens in wenigen Monaten vorüber sein.

Modris Eksteins

B. Phil., D. Phil. (Oxon), geb. 1943 in Riga/Lettland; Professor für Geschichte an der University of Toronto, Department of Humanities, Scarborough, 1265 Military Trail, Toronto/ON, M1C 1A4, Kanada.
eksteins@utsc.utoronto.ca

Der lange erwartete Kampf beschwor, als er schließlich ausbrach, elementare Bilder der Säuberung herauf. Der Dichter Richard Dehmel sprach in jenen Tagen des August von einem „seelischen Flammenwunder“ und „diesem reinigenden Sturm“.¹ Das Alte war im Begriff, auseinander zu brechen; das Neue sollte mit reinigender Kraft daraus hervorgehen. Nachdem er Zeuge des deutschen Angriffs auf die belgische Festungsstadt Namur geworden war, schrieb Harry Graf Kessler, von Natur aus eher ein Ästhet denn ein Krieger, an einen Freund: „Ringsherum brannte die Stadt; aber hier ging aus Flammen und Rauch ein neues Leben siegreich auf. Vorwärts über Gräber.“² Wegen seiner potenziell transformierenden Kraft bezeichnete Karl Scheffler, Kunstkritiker und Verleger, den Krieg bedenkenlos als „Kunstwerk“³ – eine Installation von einer Größenordnung, wie sie nicht einmal Richard Wagner hätte hervorbringen können.

In der Vorkriegswelt hatte Deutschland die Kräfte der Veränderung und Erneuerung repräsentiert. Frankreich und Großbritannien standen für das Alte, Deutschland für das Neue. Die politische Einigung des Landes

war spät, doch dafür umso schneller gekommen. Und mit ihr die Industrialisierung: Gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatte Deutschland die weltweit führende Rolle in den neuesten Industrien, der chemischen und der elektrischen, inne. Die Qualität seiner herstellenden Industrie, das Talent seiner Wissenschaftler und Ingenieure, die Brillanz seiner Philosophen, Historiker und Musiker schienen unübertroffen. „As a rule“, so der britische Historiker John Seeley, „good books are in German.“⁴ Die Bevölkerung des Kaiserreichs war jung, die Frauen- und die soziale Reformbewegung waren stark. In ganz Europa wurde das deutsche Militär zugleich bewundert und gefürchtet. Als nach der Ermordung des österreichischen Erzherzogs Franz Ferdinand in Sarajewo durch einen serbischen Nationalisten am 28. Juni 1914 die internationale Krise eskalierte, wäre ein deutscher Rückzug – vom eigenen Anspruch der Selbstbehauptung – ausgeschlossen gewesen. Hinzu kommt, dass in diesem atemberaubend schönen Sommer des Jahres 1914, als ein wolkenloser Tag auf den anderen folgte, niemand in der Lage war, den Regen, den Schlamm und das endlose Gemetzel vorherzusehen, in Langemarck, in Arras, an der Somme, in Fort Vaux, am Hartmannsweilerkopf . . .

Vision und Realität

Der Kaiser versprach, dass der Krieg vorbei sein würde, sobald die Blätter fallen. Die Bäume verloren ihre Blätter zum fünften Mal, als der Krieg im November 1918 endlich zu Ende ging. Ein glorreiches Abenteuer – „Nach Paris. . . Frühstück auf dem Boulevard!“ – war in einen unvorstellbaren Strudel gemündet. Etwa neun Millionen Menschen waren gestorben, ein Fünftel von ihnen Deutsche. Und noch viel mehr waren verstümmelt worden – eine ganze Generation, so schien es. Die Arbeit hatte organisiert, das Kriegsgerät geordnet, Lebensmittel hatten rationiert und Widersprüche

Übersetzung aus dem Englischen: Doris Tempfer-Naar, Wien/Österreich.

¹ Richard Dehmel, Zwischen Volk und Menschheit. Kriegstagebuch, Berlin 1919, S. 9–13, S. 24.

² Harry Graf Kessler, Krieg und Zusammenbruch 1914/1918. Aus Feldpostbriefen von Harry Graf Kessler, Weimar 1921, S. 21.

³ Karl Scheffler, Der Krieg, in: Kunst und Künstler, XIII (1914/15), S. 1–4.

⁴ Zit. nach: Klaus Dockhorn, Der deutsche Historismus in England, Göttingen 1950, S. 217.

ausgeschaltet werden müssen. Als Steuern und Krieganleihen nicht mehr ausreichten, um diese Bemühungen zu finanzieren, musste ein Versprechen die bare Münze ersetzen: Der Feind würde zahlen. Der Krieg, der so unschuldig begonnen hatte, endete in einem Morast schmerzvoller Ironie. Dabei waren nicht nur Menschen und Landstriche verstümmelt worden, sondern eine ganze Kultur mit ihren grundlegenden Auffassungen von Wachstum, Wohlstand und Fortschritt, moralisch wie materiell. Alles nahm Schaden, am meisten der traditionelle Begriff von Autorität, und zwar auf politischer, intellektueller und auf künstlerischer Ebene.

Warum hat sich das Gemetzel so lange hingezogen? Warum haben die Soldaten, auf allen Seiten, nicht einfach die Waffen niedergelegt? Der Grund dafür war ein außerordentlich starker sozialer Zusammenhalt, ein Gemeinschafts- und Pflichtgefühl auf allen Seiten, das heute nur schwer vorstellbar ist – Loyalität gegenüber der Familie, Freunden, Gott und dem Vaterland. Und schließlich, allen voran, Loyalität gegenüber den Kameraden: Insbesondere die „Frontgemeinschaft“ wurde verklärt. Mit dieser Erfahrung war eine Verpflichtung verbunden, auf eine geistige Ebene gehoben durch ein Erbe des historischen und sozialen Engagements, das den amerikanischen Romanautor F. Scott Fitzgerald veranlasste, den Krieg als „love battle“ zu bezeichnen: „This took religion and years of plenty and tremendous sureties (. . .). All my beautiful lovely safe world blew itself up here with a great gust of high explosive love.“ Als Fitzgeralds Held Dick Diver zehn Jahre nach dem Krieg das Schlachtfeld an der Somme durchstreift, kommt er zu dem Schluss, dass es diese Art von Schlacht niemals wieder geben könne.¹⁵

Im Westen hatte ein deutscher Sieg zwei Mal in der Luft gelegen, und zwar im September 1914 und im April 1918. Im Osten wurde tatsächlich im März 1918 ein Sieg erzielt, als sich Russland, nach der bolschewistischen Revolution, von dem Blutbad zurückzog. In Deutschland waren die Emotionen zwischen freudiger Zuversicht und tiefer Verzweiflung brutal hin und her gerissen wor-

den. Umzingelt von feindlichen Mächten zu Lande, konfrontiert mit der britischen Blockade zur See, zunehmend von der ganzen Welt belagert, vor allem, als die USA im April 1917 in den Krieg eintraten, fühlten sich die Deutschen in ihrer Not gezwungen, neue Ideen und neue Methoden auszuprobieren. Egal, welche Methoden. Die „Einkreisung“ musste durchbrochen werden, und jede Möglichkeit, die eine Befreiung in Aussicht stellte, war nicht nur zulässig, sondern ein Gebot der Stunde. Zu Lande waren die Deutschen die ersten, die im April 1915 in Flandern Giftgas einsetzten; zu Wasser führten sie einen uneingeschränkten U-Boot-Krieg, um sich aus dem Würgegriff der britischen Flotte zu befreien; „Tauben“ (Aufklärungsflugzeuge) tauchten über Paris und Zeppelin-Luftschiffe über Großbritannien auf. Die ernste militärische Lage sowie ihr Selbstbild als Erneuerer, das sie vor dem Krieg gepflegt hatten, verleitete viele Deutsche, außerhalb bestehender internationaler Normen von Gesetz und Moral zu denken und zu handeln, Normen, die speziell mit Großbritannien und Frankreich assoziiert wurden, jenen Ländern, die über mehrere Jahrhunderte die mächtigsten in Europa waren.

Bedeutung

Als der Krieg zu Ende ging, befanden sich die deutschen Truppen noch immer auf fremdem Boden. Das bedeutete, dass der Begriff der Niederlage zunächst nur abstrakte Bedeutung hatte. Belgien, Nordfrankreich und Kurland lagen vielleicht in Schutt und Asche; das deutsche Territorium aber war unversehrt. Wer konnte in dieser Situation als Sieger und wer als Besiegter bezeichnet werden? Die Deutschen hatten die Kriegsanstrengungen zwar am eigenen Leib schmerzvoll miterlebt, Opfer und Entbehrungen in einem bisher unbekanntem Ausmaß ertragen müssen, doch aus diesen Anstrengungen war eher ein Gefühl von Stolz als von Erniedrigung erwachsen: Der Feind, zahlenmäßig weit überlegen, hatte in Schach gehalten werden können. Niederlage war daher nichts als ein Wort, das bestenfalls aus dem Munde von Feinden, Verrätern oder Verbrechern zu hören war. Von Feldmarschall Paul von Hindenburg stammt die Bemerkung, es sei ein britischer General gewesen, der zu ihm gesagt habe, die deutsche Armee sei nicht auf dem Schlachtfeld geschlagen worden, son-

¹⁵ Tender is the Night (Zärtlich ist die Nacht), in: The Bodley Head Scott Fitzgerald, 6 Bde., London 1963–1967, Bd. 2: S. 67 f.

dern einem Dolchstoß aus dem eigenen Land erlegen.

Daheim, innerhalb der politischen Linken und der Arbeiterbewegung, war die Frage nach dem Sinn des Krieges aufgetaucht, als die Aussicht auf einen raschen Sieg geschwunden war. Der Burgfrieden hatte erste Risse bekommen. Die Volks- und Frontgemeinschaft, theoretisch gleich wichtig, begannen, auseinander zu driften. Im April 1917 spaltete sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), damals die bei weitem größte politische Gruppierung. Im Juli verabschiedete der Reichstag eine Resolution, die vom Zentrum vorgelegt und von Sozialisten und Linksliberalen unterstützt wurde – von Elementen, die im Bismarck-Reich stets als mit dem deutsch-preußischen Ideal unvereinbar gebrandmarkt wurden – und die einen auf Verhandlungen und Kompromiss basierenden Frieden anstrebte.

Anfang 1918 lähmten von radikalen Arbeitervertretern angeführte Streiks verschiedene für den Krieg unabdingbare Industriezweige. Während der Wille der kämpfenden Front ungebrochen war, schien die Heimatfront zu bröckeln. Kanzler Theobald von Bethmann Hollweg, der versucht hatte, mit seiner „Politik der Diagonale“ das gesamte politische Spektrum zu erreichen, wurde im Sommer 1917 aus seinem Amt entlassen, und die Oberste Heeresleitung ergriff die politische und militärische Initiative, um den Widerstand gegen den Krieg im Keim zu ersticken. Die Unterdrückung dieses Widerstands führte zu seiner Radikalisierung. Die politischen Auseinandersetzungen der Weimarer Ära waren eine vorhersehbare Folge der Interessenkonflikte und Meinungsverschiedenheiten während des Krieges.

Folgen

Der Krieg fügte der Welt eine schreckliche Wunde zu. Für die britisch-französische Allianz bot der Sieg einen gewissen Trost. Das Opfer schien nicht sinnlos gewesen zu sein: Der Krieg, so hieß es, war notwendig, „um dem Krieg ein Ende zu setzen“ und „die Demokratie in der Welt zu verankern“. Parolen und Gedenkfeiern waren Balsam auf die Wunden. Allein für die Deutschen gab es keinen Trost außer der Erinnerung an eine unabweichliche und heroische Verteidigung.

Im Vertrag von Versailles im Juni 1919 wurden sie für die Katastrophe verantwortlich erklärt, und die Reparationskommission legte ihnen im April 1921 eine Auflistung der materiellen Kosten vor. Sie sollten bis in die 1980er Jahre zahlen. „Bis in die dritte Generation müsst ihr fronen!“, warnte eine politische Opposition, die jeglichen Kriegstribut kategorisch ablehnte. Die Vereinbarung sollte zweimal, 1924 und 1929, geändert und 1933 gänzlich außer Kraft gesetzt werden.

Die Kriegsschuldfrage, also die Suche nach einem Schuldigen, den man für alle nachfolgenden Katastrophen verantwortlich machen konnte – Bolschewismus, Bürgerkrieg, Inflation, Depression, Nationalsozialismus, noch ein Krieg, den Holocaust und den Kalten Krieg – lässt die Welt seither nicht mehr los. Zu diesem Thema wurden Berge von Literatur geschrieben. Doch die Kriegsschulddebatte – in ihrer ursprünglichen Form in den 1920er Jahren und dann in einer neuen, von Fritz Fischer initiierten Phase in den 1960er Jahren – ist immer am Wesentlichen vorbeigegangen: Niemand hatte im August 1914 den Krieg gewollt, zu dem es schließlich doch gekommen ist. Kann man für etwas schuldig gesprochen werden, was man nicht im Entferntesten hätte voraussehen können? Bereits nach einem Jahr hatte der Krieg eine Dynamik entwickelt, die alle früheren Begriffe von Führung und Verantwortung, politisch wie militärisch, über den Haufen geworfen hatte. Alle traditionellen Formen der Repräsentation, wie Sprache, Kunst, Geschichte oder Recht, wurden in Frage gestellt. Zum damaligen Zeitpunkt wagten nur wenige, von einer drohenden kulturellen Krise zu sprechen; später durchlebte die Welt diese Krise – eine des Zerfalls, der Ungewissheit und der wachsenden Ironie.

In Vicki Baums 1929 erschienenem, enorm erfolgreichen Roman „Menschen im Hotel“, der im luxuriösen Hotel Adlon in Berlin, Unter den Linden, spielt, kommt ein so genannter Dr. Otternschlag vor, ein Mann mit nur einem halben Gesicht: „Die andere Gesichtshälfte war nicht vorhanden. Es gab da nur einen schiefen, ineinandergeflickten und zusammengeklappten Wirrwarr, in dem zwischen Nähten und Narben ein Glasauge blickte.“ Dieses künstliche Auge nennt der Doktor sein „Souvenir von Flandern“. Das Hotel erstrahlt in Glanz und Glamour, doch für Otternschlag ist all dieses Getriebe nichts

weiter als eine Fassade, hinter der Verzweiflung steht. „Grauenhaft ist es“, sagt er. „Immer das gleiche. Nichts geschieht. Grauenhaft allein ist man. Die Welt ist ein gestorbener Stern, sie wärmt nicht mehr.“¹⁶

Man könnte meinen, dieses existentielle *mal du siècle*, das der Weltkrieg hervorgerufen hat, ist noch immer nicht abgeklungen. Zweifel und Unsicherheit bleiben; doch wir feiern die Vielfalt und die Komplexität, *faute de mieux*. Aus diesem Blickwinkel stellen sogar die Ereignisse von 1989 bis 1992 – der Fall der Berliner Mauer, der Zusammenbruch der Sowjetunion und das Ende des Kalten Krieges – weniger einen Endpunkt als vielmehr eine weitere große Etappe bei der Demontage des utopischen Ideals dar.

Auch der wissenschaftlichen Disziplin der Geschichte blieb diese Unsicherheit und Selbstreflexion, in Methodologie und Zielsetzung, nicht erspart. Schon im Jahre 1925 veröffentlichte Thomas Mann die Erzählung „Unordnung und frühes Leid“, in der ein 47-jähriger Geschichtsprofessor, samt Frau und vier Kindern, im Mittelpunkt steht. Die Kinder nennen ihre Eltern „die Greise“ und ihre Großeltern „die Urgreise“; der älteste Sohn – damals siebzehn – trägt Lidschatten und möchte kein Wissenschaftler, sondern Tänzer, Kabarettist oder Kellner werden. Sein Vorbild namens Iwan ist „ein Künstler der neueren Schule, der in sonderbaren und, wie es dem Professor scheint, äußerst gezierten und unnatürlichen Tänzerposen auf der Bühne steht und leidvoll schreit“. „Einen Professor der Geschichte“, schreibt Mann, „kann das unmöglich ansprechen.“¹⁷

Seit Mann diese Gedankenbilder entwarf, sind viele Jahre vergangen, und der intellektuelle Ehrenplatz, den einst Clio innehatte, ist weiter unbesetzt. Die Muse der Geschichte wurde rüde zur Seite gestoßen. Ihre Kolleginnen Melpomene und Thalia haben mit ihren tragischen und komischen Talenten erfolglos versucht, ihren Platz einzunehmen, doch bisher ist der Stuhl in der Mitte des Symposiums wie zum Trotz leer geblieben.

¹⁶ Vicki Baum, *Menschen im Hotel*, Berlin 1929, S. 7, S. 326.

¹⁷ Thomas Mann, *Unordnung und frühes Leid*, Berlin 1926, S. 11, S. 23, S. 49.

Andreas Wirsching

Die paradoxe Revolution 1918/19

Die Revolution von 1918/19 gehört zu den wichtigsten Weichenstellungen der jüngeren deutschen Geschichte. Allerdings prallten in ihrem Verlauf unterschiedliche, ja unversöhnliche Potentiale aufeinander. Hoffnung und Furcht, Idealismus und Unterdrückung, hochfliegende Erwartungen und tiefe Enttäuschungen verbanden sich in ihr. Entsprechend widersprüchlich blieb die Erfahrungsgeschichte der Revolution. Für die einen, insbesondere die Mehrheitssozialdemokraten (MSPD), repräsentierte sie eine gleichsam heroische Anstrengung mit Elementen des tragischen Scheiterns. Für die anderen verkörperte sie ein nationales Unglück, während wieder andere sich von ihr einen vorwärtsweisenden Entwicklungsschritt der deutschen Geschichte erhofften. Für die republikfeindlichen und antidemokratischen Extremisten hingegen war die Revolution von vornherein kontaminiert durch ihren angeblich verräterischen Charakter: Die Kommunisten folgten Lenins Behauptung vom „Arbeiterverrat“ der Sozialdemokratie, während die äußerste Rechte das giftige Wort vom „Hochverrat“ prägte und die Revolution kriminalisierte. Solche extreme Widersprüchlichkeit der Erinnerung spiegelte die politische Zerrissenheit der Weimarer Gesellschaft. In der Persönlichkeit des Reichspräsidenten Friedrich Ebert, der im Weltkrieg zwei Söhne verloren hatte und von der extremen Linken als „Arbeitverräter“, von der extremen Rechten als „Landesverräter“ gebrandmarkt wurde, fand sie eine auf geradezu tragische Weise zugespitzte Verkörperung.¹⁸

Andreas Wirsching

Dr. phil., geb. 1959; Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Augsburg, Universitätsstraße 10, 86159 Augsburg. andreas.wirsching@phil.uni-augsburg.de

¹⁸ Zu Eberts Rolle in der Revolution 1918/19 vgl. Walther Mühlhausen, *Friedrich Ebert 1871–1925. Reichspräsident in der Weimarer Republik*, Bonn 2006, S. 150–164.

Lange Zeit orientierte sich die Geschichtsschreibung an den zeitgenössischen Erfahrungsebenen. Das frühe, ebenso apodiktische wie einflussreiche Urteil Karl Dietrich Erdmanns, wonach 1918/19 ein klares „Entweder-Oder“ zwischen parlamentarischer Demokratie im Bund mit den konservativen Kräften einerseits und der bolschewistischen Diktatur andererseits bestanden habe, folgte im Wesentlichen der Selbstwahrnehmung der mehrheitssozialdemokratischen Führer.¹² Die stark von Arthur Rosenberg beeinflusste Revision dieser These sprach dagegen von einem überzogenen Antibolschewismus, postulierte eine „offene Situation“ und erblickte in den Arbeiter- und Soldatenräten ein zu nutzendes demokratisches Potential. Damit folgte sie im Wesentlichen der Selbstwahrnehmung der Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD).¹³

Je eindeutiger die ältere Geschichtsschreibung solch normative Positionen bezog, desto stärker tendierte sie dazu, angesichts des Scheiterns der Weimarer Republik politische Ex-post-Urteile zu treffen und von Versäumnissen oder „Fehlern“ der Akteure zu sprechen. Meist stand dahinter der unausgesprochene Wunsch, der deutschen Geschichte die Möglichkeit eines „anderen“, vielversprechenderen Weges zu eröffnen. Heute dagegen braucht die Weimarer Geschichte nicht mehr zur Identitätssicherung in Anspruch genommen zu werden. Vielmehr gilt es, die zutiefst widersprüchliche Signatur der Epoche als solche ernst zu nehmen und sie zum Ausgangspunkt historischen Fragens zu machen. Erst wenn der Ereignisverlauf in seiner Komplexität betrachtet wird, lassen sich auch seine Resultate akzeptieren, und die Versuchung sinkt, rückblickend historisch-politische Zensuren zu verteilen. Auch die Ende 1919 allumfassend spürbare Enttäuschung über den Verlauf der Revolution wird dann zu einer gleichsam eigenständigen historischen Kategorie. Sie erscheint weniger als Folge von falschen Entscheidungen oder Fehlern der Akteure denn als Ergebnis einer widersprüchlichen und unbeherrschbaren Komplexität.

¹² Vgl. Karl Dietrich Erdmann, Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 3 (1955), S. 1–19, hier: S. 6–8.

¹³ Vgl. Zur Forschungsentwicklung und -diskussion Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik, München 2002⁶, S. 166–177.

In diesem Sinne und in thesenhaft zugespitzter Auswahl werden im Folgenden vier Widerspruchsfelder vermessen. Gemeinsam konstituierten sie ein paradoxes Spannungsfeld, in dem sich die Revolution vorbereitete, entfaltete, polarisierte und zugleich erschöpfte.

Verteidigungs- und Angriffskrieg zugleich

Für die übergroße Mehrheit der Deutschen galt im Herbst 1918 dieselbe verbindliche Deutung des Geschehens wie vier Jahre zuvor: Die Deutschen hatten einen Verteidigungskrieg gefochten. Die ebenso markigen wie schicksalsschweren Worte vom August/September 1914 hallten noch nach: „In aufgedrungener Notwehr, mit reinem Gewissen und reiner Hand ergreifen wir das Schwert“, so Kaiser Wilhelm II. in seiner Thronrede vom 4. August 1914.¹⁴ „Uns drohen die Schrecknisse feindlicher Invasionen“, lautete das Echo der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.¹⁵ „Erst als eine schon lange an den Grenzen lauernde Übermacht von drei Seiten über unser Volk herfiel, hat es sich erhoben wie ein Mann“, resümierten 93 deutsche Professoren in ihrem Aufruf „An die Kulturwelt“ vom September 1914.¹⁶

Aber der Gedanke des Verteidigungskrieges war von Beginn an kontaminiert durch die Idee des „Siegfriedens“, das heißt eines Friedens, in dem das Kaiserreich seinen Gegnern die Bedingungen des Friedens diktieren konnte. Eine solche Idee des „Siegfriedens“ wirkte bei der nationalen Rechten integrativ, und die Dritte Oberste Heeresleitung (OHL) verfolgte sie mit zäher Konsequenz. Überdies ließ sich Verteidigung vor dem Hintergrund der Zweifrontenkonstellation auch begreifen als „Sicherung des Deutschen Reiches nach

¹⁴ Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte, Bd. 206 (4. 8. 1914–16. 3. 1916), Berlin 1916, S. 2.

¹⁵ Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe II/Bd. 1: 1914–1917, Berlin (Ost) 1958, S. 22.

¹⁶ Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung, Bd. 8: Kaiserreich und Erster Weltkrieg 1871–1918, hrsg. v. Rüdiger vom Bruch/Björn Hofmeister, Stuttgart 2000, S. 366. Vgl. zum Kontext Klaus Schwabe, Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkriegs, Göttingen 1969, S. 21–34.

West und Ost auf erdenkliche Zeit“, wie es Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg im so genannten „Septemberprogramm“ von 1914 formuliert hatte.¹⁷ Aber eine solche voluntaristische Befreiung aus der geographischen Mittellage erforderte dann eben doch Annexionen, wirtschaftliche Großraumordnung, kurz: deutsche Hegemonie – gerade so, wie es der Frieden von Brest-Litowsk vom 3. März 1918 programmatisch in die Tat umsetzte.

Hinzu kamen die Umstände des Kriegsbeginns. Bekanntlich suchte das Kaiserreich sein politisch-diplomatisches Problem, die so genannte „Einkreisung“, mit militärstrategischen Mitteln zu lösen. Das alternativlose Mittel der Wahl hierzu war der Schlieffen-Plan, der die rasche Niederwerfung Frankreichs vorsah, um sodann mit geballter Kraft den Krieg im Osten führen zu können. In der Konsequenz freilich erschien Deutschland als der Hauptschuldige des Jahres 1914. Vom Kalkül „Angriff ist die beste Verteidigung“, das dem Schlieffen-Plan zu Grunde lag, nahmen die anderen Völker Europas nur den Angriff zur Kenntnis. Nach dem August 1914 hatten die Deutschen daher zu keinem Zeitpunkt mehr eine Chance, ihrer Version der Geschehnisse internationale Geltung zu verschaffen. In den Augen der Weltöffentlichkeit war die Frage nach der Kriegsschuld längst beantwortet.

So entstand 1918/19 das folgenreiche Paradox, dass die meisten Deutschen der festen Überzeugung waren, einen Verteidigungskrieg geführt zu haben, während das Reich doch zugleich als militaristischer und allein-schuldiger Aggressor galt. Mit psychologisch verheerender Wirkung kam hinzu, dass die Niederlage zu einem Zeitpunkt unausweichlich wurde, da die Hoffnungen auf den Sieg ihren Höhepunkt erreicht hatten. Dementsprechend wurden die Deutschen im Herbst 1918 einer horrenden Belastungsprobe unterzogen. Zahlreich sind die Zeugnisse von schwerster Erschütterung und Depression, von Weinkrämpfen und Zusammenbrüchen, die gestandene Männer bei der Einsicht in das Unvermeidliche erfassten. Diese Stimmungslage hatte traumatische Züge, und sie wurde

¹⁷ Zit. nach Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland, Düsseldorf 1967², S. 93.

durch das Paradox des Sieges, der so nah zu sein schien, verschärft. Für alle national denkenden Deutschen stellte es wohl eine kognitive Überforderung dar, sich nüchtern mit der Kriegslage auseinanderzusetzen.

Vor diesem Hintergrund entfaltete die „Dolchstoßlegende“ nicht nur für das extrem nationalistische Spektrum eine entlastende Funktion. Von General Erich Ludendorff, Kopf der Dritten OHL, bewusst in die Welt gesetzt und von Paul von Hindenburg propagiert, presste sie das ebenso Schreckliche wie Unvermutete, nämlich die Niederlage im Kriege, in eine epistemisch gerade noch erträgliche Form. Gegenüber der undurchschaubaren Komplexität des Kriegsgeschehens versprachen die Elemente der „Dolchstoßlegende“ leicht fassbare „Erklärungen“ für das Unerklärliche.

Reformbefehl von Reformgegnern

Dass freilich der Krieg keinesfalls verloren wurde, weil die Revolution ausbrach, sondern die Revolution begann, *weil* der Krieg verloren war, lässt sich an Ludendorffs Handeln Ende September 1918 ablesen. Gleichzeitig mit dem Verweis auf das „Gift spartakistischer Ideen“ unternahm er zwei folgenreiche Schritte. Sie sollten das Kaiserreich retten, forcierten faktisch aber sein Ende.

Zum einen wünschte Ludendorff, getrieben von dem Alptraum, die alliierten Truppen könnten im Westen entscheidend durchbrechen, den Krieg baldmöglichst zu beenden. Daher forderte er ultimativ die Herausgabe eines Waffenstillstandsangebotes durch die Reichsleitung. Zugleich erinnerte er sich an das Friedensprogramm des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson. Zwar hatten Wilsons „Vierzehn Punkte“ vom Januar 1918 bis dahin in den Verlautbarungen der OHL keine Rolle gespielt; jetzt aber, so die Überlegung Ludendorffs, würde dem Deutschen Reich im günstigsten Fall ein maßvoller „Wilson-Frieden“ zuteil werden, in dem es weder Sieger noch Besiegte gab. Dies erklärt den ultimativen Druck, den die OHL auf den neuen Reichskanzler Max von Baden ausübte, um das Waffenstillstandsangebot an Wilson herauszugeben. Dabei entbehrte es nicht der Ironie, dass die OHL, welche die Mittel der Politik zur Beendigung des Krieges stets zu-

rückgewiesen hatte, jetzt selbst auf die Politik hoffte, um die Konsequenzen des militärischen Zusammenbruchs abzuwenden. Doch diese Rechnung konnte nicht aufgehen. Statt dessen endete der Krieg in Konfusion. Am 3. Oktober 1918 übersandte die Regierung Max von Baden das Ersuchen um Waffenstillstand und Friedensvermittlung an Wilson: viel zu spät, zugleich überhastet, von nervösen Militärs gedrängt, deren Forderung nach Eile nunmehr jede diplomatische Vorbereitung von Verhandlungen zunichte machte.

Der zweite Schritt, den Ludendorff Ende September 1918 unternahm, ergab sich aus dem ersten: Um die Friedensbedingungen zu verbessern, sollte das Kaiserreich gewissermaßen demokratisch „aufgepeppt“ werden. Am 29. September verlangte die OHL daher nachdrücklich die Parlamentarisierung des Reiches – eine Forderung, die sie jahrelang bekämpft hatte. „Ich habe aber S. M. gebeten“, erklärte Ludendorff, „jetzt auch diejenigen Kreise an die Regierung zu bringen, denen wir es in der Hauptsache zu verdanken haben, dass wir soweit gekommen sind. Wir werden also diese Herren jetzt in die Ministerien einziehen sehen. (. . .) Die sollen nun die Suppe essen, die sie uns eingebracht haben!“¹⁸

Die erste Konsequenz dieser abrupten Reform von oben war der Rücktritt des Reichskanzlers Georg von Hertling, eines erklärten Reformgegners, am 30. September 1918. Der liberale Prinz Max von Baden bildete daraufhin die erste – und letzte – parlamentarische kaiserliche Regierung. Regierungsverantwortung übernahmen in ihr auch Mitglieder der Reichstagsmehrheit aus SPD, Zentrum und Fortschrittlicher Volkspartei, allen voran Friedrich Ebert und Matthias Erzberger. Sie übernahmen damit praktisch die Verantwortung für das Ende des Krieges und für das Eingeständnis der Niederlage. Hier lagen die Wurzeln dafür, dass nach 1919 eine tiefere Auseinandersetzung mit jenen Kräften des Kaiserreiches, die den Krieg gewollt, geführt und schließlich verloren hatten, unterblieb. Statt dessen wurde die Weimarer Republik mit der Niederlage belastet, während zu-

¹⁸ Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, hrsg. u. bearb. v. Herbert Michaelis/Ernst Schraepfer, Berlin o. J., Bd. II, S. 323.

gleich die meisten Konservativen und auch nicht wenige Liberale das verlorene Kaiserreich rückblickend in das trügerische Licht verblichenen Glanzes tauchten.

Was die reformorientierten Kräfte im Kaiserreich schon längst angestrebt hatten, immer nachdrücklicher seit 1917, nämlich die Parlamentarisierung des Reiches und die Demokratisierung des Wahlrechts in Preußen, wurde am 28. Oktober 1918 Wirklichkeit. Aber die so genannten Oktoberreformen kamen zu spät, als dass sie noch große Wirkung hätten ausüben können. Der Reichstag war zwar zum entscheidenden politischen Gravitationszentrum geworden; aber er blieb ein Papiertiger und trat erst gar nicht mehr zusammen. Nicht auf die im Grunde sensationellen Reformen blickte das Publikum, sondern auf das Drama der Friedensnoten und das Schicksal des Kaisers. Was zu früheren Zeiten einen großen Integrationsschub für das Kaiserreich hätte bewirken können, verpuffte jetzt. Als eine von notorischen Reformgegnern angeordnete Reform blieb die am Ende überstürzte Parlamentarisierung des Reiches ohne Wirkung.

Revolutionserwartung ohne Revolution

Dass die finale Krise des Kaiserreiches in der Revolution endete, war für die meisten überraschend, und dies galt auch für jene Kräfte, die dezidiert auf den Umsturz hinarbeiteten, wie etwa die Revolutionären Obleute in Berlin. Sie hielten das Kaiserreich für umsturzreif und planten die Revolution nach den Regeln des Syndikalismus. Den Beginn der Revolution legten die Obleute zunächst auf den 4. November 1918 fest. Aus taktischen Erwägungen wurde der Termin dann wieder abgesetzt und die revolutionäre Aktion auf den 11. November verschoben. Dieses Mal war es allerdings zu spät. In der Zwischenzeit war die Revolution ausgebrochen, nicht geplant, sondern improvisiert.¹⁹

Dessen ungeachtet setzte der 9. November hochfliegende Erwartungen frei. Doch die Hoffnungen, die nun viele Arbeiter und heimkehrende Soldaten mit der Revolution verbanden, stießen sich am Willen der mehr-

¹⁹ Vgl. Theodor Eschenburg, Die improvisierte Republik. Gesammelte Aufsätze zur Weimarer Republik, München 1963, S. 38 f. u. S. 62.

heitssozialdemokratischen Führer, die Revolution zu mäßigen. Diese von Beginn an spürbare Diskrepanz zwischen Revolutionserwartung und Revolutionsabkehr ist zu einem der problematischsten Züge in der Entstehungsgeschichte der Weimarer Republik geworden.

Das 1891 in Erfurt beschlossene Parteiprogramm der SPD folgte in seinem grundsätzlichen Teil zwar unbeirrt dem Vokabular des orthodoxen Marxismus. Faktisch aber verfügte die Partei über keine Blaupause für eine revolutionäre Situation. Überdies hatte sich im sozialdemokratischen Sprachgebrauch seit der Jahrhundertwende eine allmähliche Metamorphose der Inhalte vollzogen. Begriffe wie „Klassenkampf“, „Revolution“ oder „Diktatur des Proletariats“ standen einer pragmatischen Umwertung offen. So ließ sich Klassenkampf auch in Form parlamentarisch-demokratischer Auseinandersetzung betreiben. Revolution ließ sich ökonomisch, als „wirtschaftliche Revolution“ begreifen, das heißt als allmähliche und gewaltlose, demokratisch legitimierte Umgestaltung der Produktionsverhältnisse. Diktatur des Proletariats schließlich konnte auch als Metapher für stabile sozialdemokratische Mehrheiten im Reichstag dienen.

Tatsächlich war die SPD 1918 zumindest auf Funktionärebene keine revolutionäre Partei mehr. Ihre Politik richtete sich vielmehr auf die Fortentwicklung des Bestehenden. Die Ziele lauteten: parlamentarische Demokratie, Frauenwahlrecht, Verbesserung der materiellen Arbeitsverhältnisse und Ausbau des Sozialstaats. Alles dies war eine Politik der Evolution, nicht der Revolution. Der seit dem 9. November 1918 amtierende Rat der Volksbeauftragten tat denn auch alles dazu, den Rechtsstaat zu konsolidieren. Er kanalisierte die Revolution und überführte sie in eine parlamentarisch-demokratische Form. Kontinuität war wichtiger als Umwälzung.

Das lag freilich weniger daran, dass die Deutschen nicht in der Lage gewesen wären, eine Revolution zu machen: dass sie, wie Lenin spottete, nicht einmal einen Bahnhof besetzen konnten, ohne zuvor eine Bahnsteigkarte gelöst zu haben. Vielmehr schärft der Vergleich mit dem zaristischen, polizeistaatlichen Russland den Blick für entscheidende strukturelle Unterschiede. Trotz aller obrigkeitstaatlichen Züge bot das wilhelmi-

nische Kaiserreich der Arbeiterschaft beachtliche Organisationsmöglichkeiten und ein gewisses Maß an politischer Partizipation. Es bot eine hinlänglich rechtsstaatliche Ordnung, ein Minimum an sozialer Sicherheit und eine kleine Chance auf bescheidenes Wohlergehen. Es war nicht zuletzt dieser erfahrungsgeschichtliche Hintergrund, der die „Generation Ebert“ eine Revolution nach bolschewistischem Muster dezidiert ablehnen ließ.¹⁰ Die SPD wollte keine Revolution auf Bajonetten, sondern eine demokratische Willensbildung. Dementsprechend sollte die Wahl zur Nationalversammlung schnellstmöglich durchgeführt und jedes revolutionäre *fait accompli* vermieden werden.

Allerdings konnten sich längst nicht alle Kräfte der Arbeiterbewegung mit einer solchen Haltung anfreunden. Zwar hatten die Spartakisten auf der äußersten Linken zu keinem Zeitpunkt eine Mehrheitschance. Auch die große Mehrheit der Arbeiter- und Soldatenräte war sozialdemokratisch orientiert, wobei offen blieb, ob sie stärker zur Mehrheitssozialdemokratie oder zu den Unabhängigen tendierten. Als aber die Revolution einmal begonnen hatte, förderte sie bei vielen sozialdemokratischen Arbeitern und Agitatoren, Funktionären und Redakteuren die politisch-soziale Phantasie. Gerade vor dem Hintergrund, dass es sich um eine revolutionäre, also scheinbar offene Situation handelte, schien vielen mehr und anderes möglich zu sein, als die sozialdemokratische Führung vorgab.

Insbesondere bestand die sichere Erwartung, dass die Macht der Unternehmer wenn nicht gebrochen, so doch zurückgedrängt werden würde – aber schon am 15. November 1918, gleichsam im Rücken der Revolution, verständigten sich Gewerkschaftsführung und Unternehmer auf den Achtstundentag, Tarifverträge und die Wahrung der Besitzverhältnisse. Ferner bestand die sichere Erwartung, zumindest Banken und Schwerindustrie würden sozialisiert werden – doch die Sozialisierung wurde von der MSPD halbherzig angegangen und auf die Zeit nach den Wahlen zur Nationalversammlung verschoben. Zumindest aber bestand die sichere Erwartung,

¹⁰ Vgl. Bernd Braun, Die „Generation Ebert“, in: ders./Klaus Schönhoven (Hrsg.), Generationen in der Arbeiterbewegung, München 2005, S. 69–86.

die alte Militärführung werde entmachtet – statt dessen verabredeten Friedrich Ebert und Wilhelm Groener, Ludendorffs Nachfolger in der OHL, wechselseitige Unterstützung. Schließlich bestand die sichere Erwartung, dass die obrigkeitsstaatlichen Strukturen in Verwaltung und Justiz beseitigt würden – doch der Rat der Volksbeauftragten beeilte sich, „die Gehalts-, Pensions- und sonstigen Rechtsansprüche der in öffentlichen Diensten stehenden Beamten und Angestellten“ zu garantieren.¹¹

Tatsächlich fand in keinem dieser Bereiche überhaupt so etwas wie eine Revolution statt. Schon viele Zeitgenossen kritisierten die mehrheitssozialdemokratische Führung unter Ebert und Philipp Scheidemann dafür scharf. Und auch in der Forschung bestand lange Zeit die Neigung, in der Regierungspolitik der MSPD schwere Versäumnisse zu beklagen. Statt dessen glaubte man in den Räten ein Potential zu erkennen, das kraft revolutionären Rechtes zur „Fundamentaldemokratisierung“ der deutschen Gesellschaft hätte genutzt werden können.¹² Aber die Plausibilität dieser These ist fraglich. Jedes revolutionäre *fait accompli* wäre demokratisch nicht legitimiert, faktisch also eine Art Willkürakt gewesen. Die Integrationsfähigkeit der Weimarer Republik hätte dies kaum erhöht. Im bürgerlichen Lager wäre zum Beispiel der Präzedenzfall einer demokratisch nicht legitimierten Sozialisierung als schwerster Rechtsbruch empfunden worden. Er hätte die gegenrevolutionären Kräfte in noch stärkerem Maße auf den Plan gerufen, als dies ohnehin schon der Fall war.

Wenn also eher wenig dafür spricht, dass wirtschafts- und gesellschaftspolitische Quasi-Willkürakte in der labilen Übergangsphase des Winters 1918/19 zur Befriedung Deutschlands beigetragen hätten, so wurde doch umgekehrt die immense Enttäuschung, welche die Regierungspolitik unvermeidlich hervorrief, für die Weimarer Republik zu einer schweren Belastung. Die Kluft, die sich zwischen der Enttäuschung über den Verlauf

der Revolution und der gegenrevolutionären Mobilisierung auftrat, wurde seit Mitte Dezember 1918 immer tiefer. Im Rat der Volksbeauftragten zerbrach darüber die Koalition zwischen der MSPD und der auf das „Weiterstreben“ der Revolution drängenden USPD.

Seit Ende 1918 eskalierte die Situation immer häufiger in gewaltsamen Auseinandersetzungen. Auf der einen Seite setzte die extreme Linke ihre hemmungslose Agitation gegen die Regierung fort; auf der anderen Seite stand das ungemein brutale Vorgehen der neugebildeten Freikorpsstruppen. Beginnend mit dem Berliner „Januaraufstand“, in dessen Verlauf am 15. Januar 1919 Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet wurden, entwickelten sich in Deutschland während der ersten Jahreshälfte 1919 mehr als einmal bürgerkriegsähnliche Zustände.

Die Revolution, die niemand wollte

Dies führt zur letzten, wohl fundamentalsten Paradoxie des Umbruchs von 1918/19. Bei genauerem Hinsehen ergibt sich nämlich, dass faktisch keine einzige der politischen und gesellschaftlichen Kräfte in Deutschland *diese* Revolution gewollt hatte und dass es fast allen schwer fiel, sie zu akzeptieren.

Die nationalkonservativen und monarchistischen Gruppierungen vermochten im November 1918 ohnehin nichts anderes zu sehen als den Zusammenbruch ihrer politischen Wünsche, Hoffnungen und Träume. Viele bürgerliche Liberale und Zentrumsanhänger vermochten sich höchstens zu einer „vernunftrepublikanischen“ Haltung durchzurichten, indem sie sich auf den „Boden der Tatsachen“ stellten.¹³ Längerfristig konnte von hier aus eine echte Identifikation mit der Republik ausgehen – wie zum Beispiel bei Thomas Mann. Dies blieb aber die Ausnahme, und ein grundsätzlich affirmatives Verhältnis zur revolutionären Gründungsgeschichte der Weimarer Republik begründete auch der Vernunftrepublikanismus nicht.

¹¹ Bekanntmachung des Rats der Volksbeauftragten vom 15. 11. 1918, abgedruckt in: Die deutsche Revolution 1918–1919. Dokumente, hrsg. v. Gerhard Ritter/Susanne Miller, Frankfurt/M. 1983², S. 229.

¹² Exemplarisch: Reinhard Rürup, Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19, Wiesbaden 1968.

¹³ Vgl. hierzu jetzt: Andreas Wirsching/Jürgen Eder (Hrsg.), Vernunftrepublikanismus in der Weimarer Republik. Politik, Literatur, Wissenschaft, Stuttgart 2008.

Die zur äußeren Linken tendierenden Kräfte hatten zwar die Revolution gewollt, aber nicht *diese* Revolution. Ihnen galt das Verhalten der SPD-Führung in der Revolution als „Verrat“ an der Arbeiterbewegung. Damit wurde die ganze sozialdemokratische Spaltungsgeschichte – vom Revisionismusstreit über die Bewilligung der Kriegskredite am 4. August 1914 bis zur Gründung der USPD 1917 – um ein weiteres bitteres und gewaltsam ausgetragenes Kapitel fortgeschrieben. Freilich hatte auch die MSPD-Führung die Revolution nicht gewollt; aber Ebert, Scheidemann und viele andere übernahmen in den Ruinen des alten Regimes das, was andere wohlweislich scheuten: politische Verantwortung. Indem sie dies tat, wurde die MSPD zum Hauptakteur des Umbruchs von 1918/19 und daher auch stets mit der Revolution, die sie nicht angestrebt hatte, identifiziert.

Vor diesem Hintergrund ist schon früh die Frage gestellt worden, ob die Revolution von 1918/19 nicht gleichsam eine überflüssige Revolution war, weil sie im Grunde nicht mehr erreichte, als bereits durch die Oktoberreformen kodifiziert worden war, nämlich die parlamentarische Regierungsform. Eine solche Anschauung würde zwar wesentliche Aspekte wie den politischen Mobilisierung- und Partizipationsschub, die sozialpolitische Expansion und die überbordende Fülle der Weimarer Kultur ausblenden. Aber sie verweist einmal mehr auf den paradoxen Grundzug der Revolution, der sich im Kern freilich aus der widersprüchlichen Natur des Kaiserreiches ergab.

Einerseits der modernste Staat des europäischen Kontinents, war es andererseits doch zur Reform aus eigener Kraft bis zuletzt nicht fähig. Zuviel preußischer Obrigkeitsstaat, zuviel militärische Autonomie außerhalb der Verfassung, aber auch zu tiefe soziale und politisch-kulturelle Gräben kennzeichneten das Kaiserreich.¹⁴ Es bedurfte daher des von außen kommenden Anstoßes der Einsicht in die Niederlage, um den überfälligen Reformprozess in Gang zu setzen. Zugleich freilich bestätigten die paradoxen Folgen einmal mehr den Satz von Alexis de

¹⁴ Vgl. Wolfgang Sauer, Das Scheitern der parlamentarischen Monarchie, in: Eberhard Kolb (Hrsg.), Vom Kaiserreich zur Republik, Köln 1972, S. 77–99.

Tocqueville, wonach es für eine schlechte Regierung dann am gefährlichsten wird, wenn sie beginnt, sich zu reformieren.

Vor diesem Hintergrund wäre es unhistorisch, von der Weichenstellung der Jahre 1918/19 ex post einen staatlichen Gründungsakt und gesellschaftlichen Zukunftsentwurf „aus einem Guss“ zu erwarten. Vielmehr offenbart die Geschichte der Revolution exemplarisch die tiefen Widersprüche und Belastungen, die den Weg der deutschen Gesellschaft in die Moderne säumten und die auch nach dem Ende des Weltkriegs fortbestanden. So wurde das Jahr 1919 wohl unvermeidlich zum Jahr der Enttäuschungen und der neuen Polarisierungen. Nur zum geringsten Teil hatte dies die junge Republik selbst zu verantworten; das Legitimationsdefizit, das ihr von Beginn an anhaftete, vermochte sie jedoch während ihrer kurzen Geschichte nicht zu tilgen.

Wir müssen reden.

Über die Zeitenwende 1989 und ihre Bedeutung für die Gegenwart und Zukunft. Seit den Friedlichen Revolutionen in der DDR und in Ostmitteleuropa sind 20 Jahre vergangen. Zeit für Gespräche und offene Auseinandersetzungen.

28. bis 31. Mai 2009 in Berlin
www.geschichtsforum09.de

Vorträge
 Filme
 Diskussionen
 Theater
 Ausstellungen
 Lesungen
 Workshops
 Musik



Nadine Rossol

Weltkrieg und Verfassung als Gründungserzählungen der Republik

Im November 1918 endete der Erste Weltkrieg; neun Monate später besaß Deutschland eine demokratische Verfassung. Doch

Nadine Rossol

Ph.D., geb. 1978; Government of Ireland Postdoctoral Fellow, Department of History, University of Limerick, Limerick/Irland.
nadine.rossol@ul.ie

der Übergang von der Monarchie zur Republik wollte sich nicht nachhaltig im kollektiven Gedächtnis der Deutschen einprägen. Dies mag mit der Natur von Gründungserzählungen zusammenhängen, die spektakuläre Ereignisse bevorzugt – besser noch, wenn sich die entscheidenden Momente visuell darstellen lassen, in einem Gemälde oder auf einem Foto.¹ Der liberale Politiker und spätere Bundespräsident Theodor Heuss schrieb 1927: „Dem 11. August [1919, Tag der Unterzeichnung der Weimarer Verfassung, N.R.] fehlt die Erschütterung durch einen eindrucksvollen Geschichtsvorgang, der Zeitgenossen einmal getroffen hatte und in eine wuchernde Legende einging. Es fehlt ihm auch das Pathos einer Echo weckenden Verkündigung, das heimliche Bildhafte eines Geschehnisses, an dem die Phantasie sich entzünden könnte.“² Aber braucht ein Staat wirklich „Pathos“ und „wuchernde Legenden“, und an welchen Ereignissen soll sich „die Phantasie entzünden“?

Gründungserzählungen sind wichtig, weil sie eine Gemeinschaft erzeugen sollen, die gesellschaftlich Trennendes verbindet. Sie wirken legitimierend und stabilisierend zugleich.³ Lange dominierte die Traditionsbildung des Kaiserreichs, mit welcher den Deutschen ihr neuer Nationalstaat schmachhaft gemacht werden sollte, die Geschichtsbücher

und die historische Forschung.⁴ Doch auch die junge Weimarer Republik versuchte eine eigene Gründungserzählung zu entwickeln, um die Demokratie als historisch gewachsene Staatsform zu präsentieren.⁵ Wichtige Elemente darin waren, neben Verweisen auf die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, der Weltkrieg und die Verfassung.

Republikanische Erinnerung an den Weltkrieg

Die Bedeutung des Ersten Weltkriegs für die Weimarer Republik kann kaum überschätzt

Dieser Aufsatz behandelt Teilaspekte meiner 2006 am Department of History der University of Limerick abgeschlossenen Dissertation: Visualising the Republic – Unifying the Nation. The Reichskunstwart and the Creation of Republican Representation and Identity in Weimar Germany. Mein Dank geht an Anthony McElligott und an das Irish Research Council for the Humanities and Social Sciences.

¹ Vgl. Wolfgang Frindte/Harald Pätzold (Hrsg.), Mythen der Deutschen, Opladen 1994, S. 21–27; Rüdiger Voigt, Mythen, Rituale und Symbole in der Politik, in: ders. (Hrsg.), Politik der Symbole – Symbole der Politik, Opladen 1989, S. 9–30.

² Theodor Heuss, Verfassungstag, in: Deutsche Republik vom 12. 8. 1927, H. 42, S. 617.

³ Vgl. Heinrich August Winkler, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland, Göttingen 2004, S. 7–13; Robert Gerwarth, The Past in Weimar History, in: Contemporary European History, 15 (2006) 1, S. 1–22. Vgl. auch Edgar Wolfrum, Geschichte als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2001; Benedict Anderson, Imagined Communities. Reflection on the origins and spread of nationalism, London 1983; Andreas Dörner, Politischer Mythos und symbolische Politik. Der Hermannmythos: zur Entstehung des Nationalbewusstseins der Deutschen, Reinbek 1996.

⁴ Vgl. Thomas Nipperdey, Nationalidee und Nationaldenkmal in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: Historische Zeitschrift, 206 (1968), S. 529–585; Wolfgang Hardtwig, Bürgertum, Staatssymbolik und Staatsbewusstsein im Deutschen Kaiserreich 1871–1914, in: Geschichte und Gesellschaft, 16 (1990), S. 269–295. Vgl. auch Ekkehard Mai/Stephan Waetzold (Hrsg.), Kunstverwaltung, Bau- und Denkmalpolitik im Kaiserreich, Berlin 1981.

⁵ Vgl. Nadine Rossol, Visualising the Republic – Unifying the Nation. The Reichskunstwart and the Creation of Republican Representation and Identity in Weimar Germany (Diss., 2006, University of Limerick); Daniel Bussenius, Eine ungeliebte Tradition. Die Weimarer Linke und die 1848er Revolution 1918–1925, in: H. A. Winkler (Anm. 3), S. 90–114; Bernd Buchner, Um nationale und republikanische Identität. Die Sozialdemokratie und der Kampf um die politischen Symbole in der Weimarer Republik, Bonn 2001.

werden. Individuelle Trauer um verstorbene Angehörige, staatliche Ehrenmalprojekte, Kriegsromane und Kriegsfilme ebenso wie Diskussionen um finanzielle Ansprüche von Kriegsversehrten berührten große Teile der Gesellschaft.¹⁶ Trotzdem wirkte die Kriegserinnerung nicht gemeinschaftsstiftend. Vielmehr reklamierten verschiedene gesellschaftliche und politische Gruppen die Interpretation des Kriegsgeschehens für sich. Dem (politischen) Gegner wurde jegliches Deutungsrecht abgesprochen.¹⁷ Nicht nur nationalistisch gesinnte Kreise pflegten in Kriegsvereinen und bei Veteranentreffen ihre Erinnerungen, auch für viele Republikaner war der Weltkrieg ein entscheidendes Erlebnis. Sie hatten gekämpft und Opfer gebracht, hatten Angehörige und Freunde verloren und waren deshalb nicht bereit, die Interpretationshoheit über das Ereignis den Rechten zu überlassen. Dies galt für Männer und Frauen.

Im Jahre 1924 gründete sich das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Es verstand sich als republikanische Kriegsveteranenvereinigung und zugleich als Schutztruppe für die junge Demokratie.¹⁸ Offen für alle männlichen Republikaner und betont überparteilich, versuchte das Reichsbanner nicht nur eine republikanische Interpretation des Weltkriegs zu verbreiten, sondern auch durch Feste und Umzüge die Republik und ihre Unterstützer sichtbar zu machen. Auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene wurde das Reichsbanner zu einer wichtigen Säule der jungen Demokratie. Der Anspruch der Überparteilichkeit bewahrheitete sich in der Führungselite: Auf lokaler Ebene dominierten Sozialdemo-

kraten das 1,5 Millionen Mitglieder starke Reichsbanner.¹⁹

Das Kriegsgedenken des Reichsbanners verfolgte mehrere Ziele. Es sollte Raum schaffen für republikanische Kriegserinnerungen, besonders die der Arbeiterklasse, um so den eigenen Mitgliedern und ihren Kriegsoffern gerecht zu werden.¹⁰ Ebenso wichtig war die öffentliche Besetzung, Reklamierung und Verteidigung dieses Raumes. Im Sommer 1924 erklärte der Bundesvorstand des Reichsbanners, dass das Kriegsgedenken der nationalistischen Kreise „einen monarchischen Rummel“ produziert habe, dem das Reichsbanner eigene Feiern entgegensetzen müsse.¹¹ Die Zeitung des Reichsbanners reagierte auf die auch 1929 noch die Öffentlichkeit dominierende nationalistische Kriegserinnerung und schrieb: „(D)ass es ‚ihre Toten‘ waren, erklären rechte Kreise immer gern (. . .), aber die 2 Millionen, die fielen (mit ihren verschiedenen Ansichten und Einstellungen), gehören nur der gesamten Nation und nicht einer einzelnen Partei.“¹²

Es war das erklärte Ziel des Reichsbanners zu zeigen, dass viele Republikaner unter diesen zwei Millionen Toten waren, damit nationalistische Kreise keine Alleinherrschaft auf das Vermächtnis des Weltkriegs beanspruchen konnten. Mehr noch, Republikaner sollten nicht als Verräter an Vaterland und Nation diffamiert werden können, weil sie angeblich das Land nicht verteidigt hätten. Die Reichsbannerführer für Oberbayern und Schwaben erinnerten ihre lokalen Gruppen daran, dass würdige Gedenkfeiern durchzuführen seien, „die eindrucksvoll beweisen, dass in unserem Lager Massen von Kriegsteilnehmern und Angehörigen von Kriegsoffern sind“.¹³ Drei Elemente dominierten die Rhetorik des Reichsbanners bezüglich des Weltkriegs. Zuerst wurde der nationalistische Anspruch, nach dem es sich allein um „ihre“ Kriegstoten handele, kritisiert. Dann betonte das Reichsbanner die enormen

¹⁶ Vgl. Richard Bessel, *Germany after the First World War*, Oxford 1993; Jeffrey Verhey, *The Spirit of 1914. Militarism, Myth and Mobilization in Germany*, Cambridge 2000, S. 206–230; Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich (Hrsg.), „Keiner fühlt sich hier mehr als Mensch. . .“. Erlebnis und Wirkung des Ersten Weltkrieges, Essen 1993.

¹⁷ Vgl. Benjamin Ziemann, *Das Fronterlebnis des Ersten Weltkrieges – eine sozialhistorische Zäsur?*, in: Hans Mommsen (Hrsg.), *Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formenveränderung der Politik*, Köln 2000, S. 80 f.

¹⁸ Vgl. Benjamin Ziemann, *Republikanische Kriegserinnerung in einer polarisierten Öffentlichkeit. Das Reichsbanner Schwarz-rot-gold als Veteranenverband der sozialistischen Arbeiterschaft*, in: *Historische Zeitschrift*, 267 (1998), S. 357–398; Karl Rohe, *Das Reichsbanner Schwarz-rot-gold*, Düsseldorf 1966.

¹⁹ Vgl. K. Rohe (ebd.), S. 298, S. 73.

¹⁰ Vgl. B. Ziemann (Anm. 8), S. 357–398.

¹¹ *Das Reichsbanner*, Nr. 3 vom 1. 6. 1924, Mitteilung des Bundesvorstands.

¹² *Das Reichsbanner*, Nr. 47 vom 23. 11. 1929, *Die Toten Deutschlands*.

¹³ Bundesarchiv Berlin (BArch), SAPMO, Ry 12II 113/3, S. 99, *Reichsbanner Oberbayern-Schwaben*, 13. 10. 1932.

Kriegsverluste in den Reihen der Republikaner, und letztendlich erinnerte es daran, dass das Vermächtnis des Krieges nur Frieden und Verständigung mit anderen Nationen sein könnte.¹⁴

Die Verfassung als Gründungsdokument

Historische Bezüge, welche die Weimarer Verfassung in die Tradition der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49 stellten und sie so als Vervollständigung einer alten republikanischen Idee präsentierten, finden sich besonders in Reden zum Verfassungstag. Auch wenn der 11. August, der Tag der Unterzeichnung der Weimarer Verfassung 1919, nie zum offiziellen Feiertag der Republik wurde, entwickelten sich trotzdem ein festliches Regierungszereemoniell und populäre Volkfeste zu Ehren des Tages.¹⁵ Neben anderen Festivitäten organisierte die Reichsregierung jedes Jahr einen Festakt im Reichstag.

Badens Staatspräsident Hermann Hummel verwies in seiner Verfassungstagsrede 1922 vor dem Parlament auf die lange demokratische Tradition der badischen Landesverfassung und lobte die Weimarer Verfassung als Bestandteil des selben nationalen Geistes.¹⁶ Er betonte damit eine demokratische Verfassungstradition in Deutschland, um allen diejenigen, die Demokratie und Parlamentarismus als „undeutsch“ diffamierten, den Wind aus den Segeln zu nehmen. Reichsinnenminister Wilhelm Külz nannte im August 1926 die Weimarer Verfassung „die Magna Charta der deutschen Republik“.¹⁷ Es war allerdings erst der Rechtsprofessor und ehemalige Reichsjustizminister Gustav Radbruch, der im August 1928 das Lob der Verfassung mit

einer epischen Erzählung verband. Er beendete seine Rede mit einem eindrucksvollen Bild: „Eine Verfassung ist wie ein Schild, der seinem Träger um so lieber wird, je mehr Schrammen und Narben vergangener Kämpfer er zeigt (. . .). Es gibt einen alten Aberglauben, dass nur das Haus besteht, in dessen Grundstein ein Lebendiges eingemauert ist. Wie unendlich viel Leben ist in das Fundament unserer Verfassung eingemauert worden!“¹⁸ Damit verband Radbruch nicht nur die Weltkriegstoten mit der Verfassung, er bezog sich ebenso auf die 1922 und 1925 verstorbenen führenden Politiker der Republik, Walther Rathenau und Friedrich Ebert.¹⁹

Die Reichsregierung versuchte, die Verfassung auch visuell hervorzuheben und ihr zudem mythischen Charakter zu verleihen. Der Reichskunstwart Edwin Redslob, der mit seinem von der Reichsregierung in den frühen Jahren der Republik geschaffenen Amt verantwortlich war für die künstlerische Formgebung des demokratischen Staates, gestaltete den Plenarsaal für die Feiern.²⁰ Über dem Rednerpult prangte unübersehbar die Präambel der Weimarer Verfassung, welche die Einigkeit des deutschen Volks hervorhob.²¹ Um den zehnten Jahrestag der Verfassungsunterzeichnung 1929 würdig zu feiern, ließ die Reichsregierung 300 künstlerisch aufwendig gestaltete Verfassungsausgaben drucken, die als Ehrengeschenke ausgehändigt wurden; fünf davon bestanden aus handgeschöpftem Papier.²² Im März 1930, die Prachtausgaben hatten für die Feiern 1929 nicht mehr rechtzeitig fertiggestellt werden können, schickte der sozialdemokratische Reichsinnenminister Carl Severing das erste Exemplar an Reichspräsident Paul von Hindenburg. Severing verwies in seinem Brief auf die Bedeutung der Verfassung in der unruhi-

¹⁴ Vgl. B. Ziemann (Anm. 8), S. 388.

¹⁵ Zur Entwicklung einer politischen Kultur mit der Verfassung als Bezugspunkt vgl. Anthony McElligott, *The Quest for Authority: Weimar's Political Culture*, in: ders. (ed.), *Short Oxford History of Germany: Weimar Germany*, Oxford 2009 (i. E.), und ders., *Rethinking the Weimar Republic: Authority and Authoritarianism 1916–1936* (i. E. 2009). Allgemein zu Verfassungsfeiern vgl. Fritz Schellack, *Nationalfeiertage in Deutschland 1871–1945*, Frankfurt/M. 1990; Ralf Poscher (Hrsg.), *Der Verfassungstag. Reden deutscher Gelehrter, Baden-Baden 1999*.

¹⁶ Vgl. Reichszentrale für Heimatdienst (RfH) (Hrsg.), *10 Jahre Weimarer Verfassung. Die Verfassungsreden bei den Verfassungsfeiern der Reichsregierung*, Berlin 1929, S. 20 ff.

¹⁷ Ebd., S. 70.

¹⁸ Ebd., S. 110.

¹⁹ Vgl. ebd.

²⁰ Zum Amt des Reichskunstwarts vgl. Annegret Heffen, *Der Reichskunstwart. Kunstpolitik in den Jahren 1920–1933*, Essen 1986; Winfried Speitkamp, *Erziehung zur Nation. Reichskunstwart, Kulturpolitik und Identitätsstiftung im Staat von Weimar*, in: Helmut Berding (Hrsg.), *Nationales Bewusstsein und kollektive Identität*. Bd. 2, Frankfurt/M. 1994, S. 541–580; N. Rossol (Anm. 5).

²¹ Vgl. *Bilder der Ausschmückung*, in: Lothar Gall (Hrsg.), *Fragen an die deutsche Geschichte*, Berlin 2000, S. 221, und RfH (Hrsg.), *Zum Verfassungstag. Eine Materialsammlung*, Berlin 1928.

²² BArch, R32/186a, S. 35; BArch, R32/186, S. 28.

gen Nachkriegszeit. Er gedachte des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert und würdigte die Leistungen von Eberts Nachfolger Hindenburg. Severing schloss mit Worten, die sich auf die beigelegte Prachtausgabe der Verfassung bezogen: „Darum bitte ich Sie, Herr Reichspräsident, dieses Buch mit Ihrem Namenszug zu versehen und zum Besitz des Hauses zu machen, das der deutsche Reichspräsident bewohnt (. . .). Auf kostbarem und dauerhaftem Material, den zerstörenden Wirkungen der Zeit entzogen, verbleibe das Grundbuch unserer Verfassung im Hause des deutschen Reichspräsidenten und sei so auf das engste mit der höchsten Würde verbunden, die unser Volk zu vergeben hat.“²³ Hindenburg versprach, die Ausgabe der Verfassung in Ehren zu halten und an seinen Nachfolger weiterzugeben.²⁴

Dazu sollte es nicht mehr kommen. Nach Hindenburgs Tod 1934 vereinte Adolf Hitler die Ämter des Reichskanzlers und Reichspräsidenten auf seine Person. Trotzdem ist die mythische Atmosphäre, die Severing um die Verfassung kreierte, von Bedeutung. Die künstlerisch gestaltete Verfassung sollte weitergegeben werden, um für künftige Generationen zum republikanischen Gründungsdokument zu werden. Reichskunstwart Redtslob erkannte dieses Potenzial, als er dem Reichsaußenministerium im August 1931 berichtet, dass sich eine in Leder gebundene und auf Pergamentpapier gedruckte Ausgabe der Verfassung „mit der Bedeutung einer Insignie“ in Verwahrung des Reichspräsidenten befinde.²⁵ Etwas prosaischer, dafür aber mit hohem erzieherischen Anspruch, war die Vorgehensweise der Preußischen Landesregierung. Sie verteilte Verfassungsausgaben zum Schulabschluss,²⁶ ein Brauch, der auch heute in vielen Bundesländern üblich ist, wobei entweder die jeweilige Landesverfassung oder das Grundgesetz zur Verteilung gelangen.

Das Reichsbanner verband erzieherische und symbolträchtige Elemente miteinander, wenn es in seinen Publikationen auf die Verfassung einging. Zwar stand der republikanischen Organisation die schwarz-rot-goldene

Flagge als Symbol für die Republik näher, trotzdem wurde auch versucht, die demokratische Verfassung bildhaft zu machen. Auf Titelseiten der „Illustrierten Reichsbanner Zeitung“ (IRZ) erschienen Verfassungsbücher als Teil der Ausstattungen von Freiheitsgöttinnen, die in langem Kleid und mit langen Haaren demokratische und freiheitliche Werte vertraten.²⁷ Die Verfassung und die Republik wurden dabei oft gleichgesetzt und mit weiblichen Symbolen ausgestattet. Die Freiheitsgöttin, eine Figur, die von den deutschen Sozialdemokraten häufig in ihren Publikationen verwendet wurde,²⁸ war in der Bildsprache der Französischen Revolution verwurzelt. Die Kämpfer hingegen, die Republik und Verfassung schützten, waren nicht nur in der Bildsprache des Reichsbanners, sondern auch in den Statuten der Organisation – männlich.²⁹ Das Reichsbanner nahm keine Frauen auf.

Vom Volkskrieg zum Volksstaat

Republikanische Versuche, den Weltkrieg und die Republik miteinander zu verbinden, um die Kriegstoten in eine demokratische Gründungserzählung einzubeziehen und der Verfassung das von Theodor Heuss angesprochene Pathos zu verleihen, waren vielfältig. Gustav Radbruch verdeutlichte in seiner Rede am 11. August 1928 die republikanische Interpretation beider Ereignisse: „Das Volksheer – und Volksheer war damals, kämpfend oder leidend, das ganze deutsche Volk, Frauen und Männer – (. . .) bedingte den deutschen Volksstaat. Wir können der Verfassung des erneuerten Deutschland nicht gedenken, ohne der Jahre 1914 bis 1918 zu gedenken (. . .).“³⁰ Mit dieser Betrachtungsweise reklamierte der überzeugte Demokrat Radbruch den Weltkrieg nachträglich für die Republik. Er versuchte nicht nur das in den 1920er Jahren dominierende Thema näher an die Republik zu binden, sondern ebenso der jungen

²³ BAArch, R601/634, S. 290.

²⁴ BAArch, R601/634, S. 292.

²⁵ BAArch, R32/504, S. 100.

²⁶ Da Schul- und Kulturangelegenheiten auch in der Weimarer Republik Ländersache waren, wurde dies nicht von allen Ländern durchgeführt.

²⁷ Für Beispiele vgl. die Titelseiten der Illustrierte Reichsbanner Zeitung (IRZ), 5 (1928) 31 vom 11. 8. 1928; 7 (1930) 32 vom 9. 8. 1930; 1 (1924) 6 vom 27. 12. 1924; 3 (1926) 45 vom 6. 11. 1926.

²⁸ Vgl. Inge Marßolek, Von Freiheitsgöttinnen, dem Riesen Proletariat und dem Aufzug der Massen, in: dies. (Hrsg.), 100 Jahre Zukunft. Zur Geschichte des 1. Mai, Frankfurt/M. 1990, S. 147 ff.

²⁹ Vgl. auch Eric Hobsbawm, Man and Woman in Socialist Iconography, in: History Workshop Journal, 6 (1978), S. 124 f.

³⁰ 10 Jahre Weimarer Verfassung, Berlin 1929, S. 100 f.

Demokratie eine kämpferische Vorgeschichte zu verleihen. Oskar Kobel brachte diese Argumentation in seiner Publikation zum Verfassungstag auf folgende Formel: „Das Volk hat durch Kampf und Opfer sein Vaterland mit einer Herzensglut lieben gelernt, die ihm früher fremd war. Darum musste sein Besitzrecht am Vaterland in fester Form durch ein Staatsgrundgesetz verankert werden.“¹³¹

Die zeitliche Nähe der beiden Daten im August, der Kriegsbeginn am 4. (1914) und die Unterzeichnung der Verfassung am 11. August (1919), erleichterte die gegenseitigen Bezüge. Das kam besonders dem Reichsbanner gelegen: Ende Juli 1926 schmückte die IRZ ihre Titelseite mit einer Zeichnung, die an die Brutalität des Krieges erinnerte. Sie zeigte drei verstümmelte Leichen, teilweise in Stacheldraht verfangen, und darüber die Gesichter drei junger Soldaten.¹³² Eine Woche später berichtete die IRZ über die bevorstehenden Verfassungsfeiern und wies ihre Leser an, beide Ereignisse miteinander zu verbinden. Die Schrecken und Leiden des Krieges, so die IRZ, konnten durch die demokratische Verfassung abgeschwächt werden. Diese garantiere allen Deutschen ein Mitspracherecht über Krieg und Frieden.¹³³ Schon Anfang 1925 hatte die IRZ gefolgert, dass das einzig positive Kriegsergebnis die deutsche Republik gewesen sei.¹³⁴ Damit wollte die Zeitung nicht nur Weltkrieg und Republik in einen engen Zusammenhang stellen, sondern auch der Kriegsverherrlichung nationalistischer Kreise eine Absage erteilen.

Das Reichsbanner präsentierte Kriegsmythen der 1920er Jahre, wie die Gemeinschaft im Schützengraben und das Verschwinden von Klassenunterschieden, als Grundlage für den neuen demokratischen Staat. Die „Neue Leipziger Zeitung“ formulierte diesen Anspruch im Vorfeld eines Reichsbannertreffens im August 1927: „Das Reichsbanner verzichtet auf leere Phrasen und auf das überpatriotische Getue der Vaterländischen. Das gab es im Schützengraben nicht, das gibt es auch

jetzt nicht im Dienste am Staate (...), keine Throne, keine Stufen, keine Chargen, sondern Bürger neben Bürger auf gleicher Ebene und im gleichen Geiste.“¹³⁵ So gut dieser angeblich im Weltkrieg erlernte Gemeinschaftssinn auch zu den Prinzipien einer Demokratie passte, das Reichsbanner wusste durch viele Arbeiter in seinen Reihen, dass Klassenunterschiede im Krieg ebenso präsent gewesen waren wie im Kaiserreich. Die republikanische Organisation bediente sich bewusst eines nationalen Mythos, wenn sie diese Verbindungslinien zog.

Zum zehnten Jahrestag der Weimarer Verfassung 1929 präsentierte das Reichsbanner sein spektakulärstes Projekt. Bei den groß angelegten Berliner Verfassungsfeiern errichtete die republikanische Organisation ein Ehrenmal vor dem Brandenburger Tor. Die Holzkonstruktion, die das Ehrenmal trug, war mit schwarz-rot-goldenem Stoff bezogen. Stelen ragten in den Himmel mit den Inschriften: „Allen Toten des Weltkrieges“, „Den Opfern der Republik und der Arbeit“ und „Den Toten des Reichsbanners“. So gedachte das Reichsbanner allen Toten unter einer republikanischen Überschrift. Das Ehrenmal war 17 Meter hoch und 14 Meter breit und nur für die Verfassungsfeiern in der Hauptstadt aufgestellt worden.¹³⁶ Mit diesem Projekt erreichte die republikanische Organisation eine visuell eindrucksvolle Verbindung der Themen Weltkrieg und Republik. Das liberale „Berliner Tageblatt“ schrieb: „(D)as Ehrenmal soll die schwarz-rot-goldenen Farben zeigen und die 150 000 Mann des Reichsbannerzuges werden daran vorbeimarschieren. Das ist ein schöner, feierlicher Gedanke, den jeder vaterländisch Gesinnter billigen muss.“ Nationalistische Kritik, dass das Reichsbanner den Weltkrieg für „republikanische Zwecke“ missbrauche, konterte die Zeitung mit dem Verweis, dass gerade die Schichten der Reichsbannermitglieder von besonders vielen Kriegstoten betroffen waren.¹³⁷ Auch

¹³¹ Oskar Kobel, Zum Verfassungstag. Vaterland, deutsches Volk und deutsche Arbeit im Spiegel der deutschen Dichtung, Breslau o. J., S. 3.

¹³² IRZ, 3 (1926) 31 vom 31. 7. 1926.

¹³³ IRZ, 3 (1926) 32 vom 7. 8. 1926, Verfassungstag.

¹³⁴ IRZ, 2 (1925) 6 vom 7. 2. 1925, Die Ehrenpflicht gegen unsere Gefallenen; vgl. auch IRZ, 4 (1927) 47 vom 19. 11. 1927, Totensonntag.

¹³⁵ Sächsisches Staatsarchiv Leipzig, 20031, PP-St, Nr. 30 (Reichsbanner), S. 145; Reichsbanner Kameraden! Willkommen in Leipzig!, in: Leipziger Zeitung vom 14. 8. 1927.

¹³⁶ Feier des Verfassungstages, in: Vossische Zeitung vom 6. 8. 1929; vgl. Landesarchiv Berlin, A Pr Br Rep. 030 C Tit 90, 7531, S. 314, 7. 8. 1929.

¹³⁷ Das Schandmal, in: Berliner Tageblatt vom 9. 8. 1929; vgl. Partei-Reklame am Kriegerdenkmal, in: Deutsche Zeitung vom 26. 8. 1929.

die „Vossische Zeitung“ berichtete begeistert von dem Ehrenmal, wohingegen der spätere nationalsozialistische Propagandaminister Joseph Goebbels seine Verachtung über die republikanischen Inschriften in sein Tagebuch notierte.¹³⁸

In der Folgezeit verband das Reichsbanner Bezüge auf den Weltkrieg mit der Mobilisierung zur Verteidigung der krisengeschüttelten Republik. Erneut führt eine Titelseite der IRZ diese Vorgehensweise besonders plastisch vor Augen. Im März 1932 zeigte die Zeitung das Foto eines Kriegsinvaliden, der eine Spende für die Arbeit der so genannten „Eiserne Front“, ein Zusammenschluss aus Reichsbanner und anderen republikanischen Gruppen, in eine Sammelbüchse wirft. Das Foto ist mit der Unterschrift „der Republik ärmster Sohn ist ihr getreuester“ kommentiert.¹³⁹ Damit bediente sich das Reichsbanner einer Variante des allgemein bekannten Zitats des Dichters Karl Bröger. Dieser hatte in seinen populären Kriegsgedichten vom „ärmsten Sohn des Vaterlandes“ als „getreuester“ geschrieben.¹⁴⁰ So war der Zusammenhang hergestellt: Diejenigen, die das Vaterland unter sichtbaren Opfern ihrer Gesundheit verteidigt hatten, verteidigten 1932 auch die Demokratie.¹⁴¹

Allerdings kritisierte der Journalist Carl von Ossietzky schon im März 1930, dass die Republik weder die Niederschlagung des rechtsnationalistischen Kapp-Putsches noch die öffentliche Empörung nach der Ermordung von Außenminister Rathenau staatsfördernd ausgenutzt habe. Beide Male sei eine Mehrheit der Bevölkerung bereit gewesen, aktiv für den demokratischen Staat einzutreten, glaubte Ossietzky: „Nur im März 1920 [Kapp-Putsch, N.R.] und im Juni 1922 [Ermordung Rathenaus] sah der Deutsche die

Republik so, wie sie der Franzose immer gesehen hatte: nämlich kämpferisch, als Tochter der Freiheit.“¹⁴²

Auch wenn das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold durchaus eine kämpferische Rhetorik pflegte, standen besonders republikanische Politiker und Behördenvertreter dem Heraufbeschwören der „kämpferischen Republik“ skeptisch gegenüber. Sie wollten keine latente Krisenatmosphäre erzeugen, sondern eine Gründungserzählung für einen stabilen demokratischen Staat schaffen. Kampf, Opfer, Leiden und Schrecken des Weltkriegs hatten angeblich die demokratische Republik hervorgebracht, die durch eine stabile Verfassung, mit Wurzeln im Nationalliberalismus des 19. Jahrhunderts, Frieden und Freiheit garantieren sollte.

Die Differenz zwischen Anhängern eines „kämpferischen“ Republikbegriffs und republikanischen Behördenvertretern, die auf demokratische Stabilisierung und politische Überzeugungen hofften, konnte nie überbrückt werden. Diese Zweigleisigkeit war ein Grundproblem des republikanischen Lagers und charakterisierte nicht nur die Suche nach Gründungserzählungen, sondern auch viele weitere Gebiete republikanischer Sinn- und Formgebungsversuche in den Weimarer Jahren.¹⁴³

¹³⁸ Vgl. Die Verfassungsfeier beginnt, in: Vossische Zeitung vom 10. 8. 1929; Elke Fröhlich (Hrsg.), Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil 1, Aufzeichnungen 1924–1941, Band 1: 27. 6. 1924–31. 12. 1930, München 1987, S. 409.

¹³⁹ IRZ, 9 (1932) vom 5. 3. 1932, Titelseite.

¹⁴⁰ Vgl. Karl Bröger, Kamerad, als wir marschierten. Kriegsgedichte, Jena 1916.

¹⁴¹ Für eine Analyse des Soldatenkörpers vgl. Sabine Kienitz, Beschädigte Helden. Zur Politisierung des kriegsinvaliden Soldatenkörpers in der Weimarer Republik, in: Jost Dülffer/Gerd Krumeich (Hrsg.), Der verlorene Frieden. Politik und Kriegskultur nach 1918, Essen 2002, S. 210–214.

¹⁴² Carl v. Ossietzky, Von Kapp bis. . .?, in: Die Weltbühne vom 11. 3. 1930, S. 376.

¹⁴³ Vgl. N. Rossol (Anm. 5); dies., Performing the Nation: Spectacles, Sports and Aesthetics in Germany 1926–1936, Basingstoke 2009 (i. E.).

Robert Gerwarth

Bismarck und die Weimarer Republik

Im Frühjahr 1921, wenig mehr als zwei Jahre nach dem Zusammenbruch des Deutschen Kaiserreiches und der Geburt der Weimarer Republik aus Kriegsniederlage und Revolution, veröffentlichte die linksliberale „Weltbühne“ einen vielbeachteten Artikel über die „Bismarck-Legende“. Der 1898 gestorbene Reichsgründer Otto von Bismarck,

Robert Gerwarth

DPhil (Oxon), geb. 1976; Leiter des Centre for War Studies und Lecturer am College of Arts & Celtic Studies, School of History, University of Dublin, Dublin 4/Irland.
robert.gerwarth@ucd.ie

so die zunächst ungewöhnlich anmutende Kernaussage des Aufsatzes, stelle für die Weimarer Republik eine „schwere politische Gefahr“ dar. In der Propaganda der politischen Rechten sei der Name Bismarck zu einer Chiffre für vergangene politische Größe und die Forderung nach einem neuen Führer von „bismarckschem Format“ geworden. Um sich als historisch legitimer und politisch gefestigter Staat zu etablieren, so die Schlussfolgerung der „Weltbühne“, müsse die Republik deshalb endgültig aus Bismarcks Schatten hervortreten und beweisen, dass die erste deutsche Demokratie zur Lösung schwieriger Krisen befähigt sei.¹

Die „Weltbühne“ stand mit ihrer Einschätzung, dass die Erinnerung an den „Eisernen Kanzler“ und seine politische Instrumentalisierung durch die deutsche Rechte eine Bedrohung für die junge Republik darstelle, keineswegs alleine da. Zahlreiche liberale Intellektuelle wie etwa der Rechtstheoretiker Hermann Ulrich Kantorowicz schlossen sich dieser Auffassung an. In seinem Buch „Bismarcks Schatten“ schrieb er, dass die Konsolidierung der Demokratie in Deutschland nur auf den „Trümmer(n) des Bismarckkultes“ gelingen könne.²

Beweise für die Gültigkeit dieser Aussage lieferten die rechten Gegner der Demokratie zuhauf. Im April 1919, während in Weimar noch über eine neue Verfassung verhandelt wurde, erhob die konservative „Tradition“, eine Wochenschrift der rechtsgerichteten Vaterländischen Verbände, den Vorwurf, dass das Bismarckreich keineswegs der feindlichen Übermacht der Gegner im Weltkrieg erlegen, sondern einem von langer Hand geplanten „Staatsstreich“ zum Opfer gefallen sei: „Während der ganzen Dauer des Krieges verfolgten die Männer der Revolution nur das eine Ziel, sich selber in die Macht zu setzen.“ Als „Zerstörer der Schöpfung Bismarcks und Schänder seines geheiligten Namens“ seien die Stützen des Weimarer „Systems“ – Sozialdemokraten, Zentrumskatholiken und Liberale – auf ewig mit dem Makel des Verrats behaftet.³

Kaum ein Jahr später, im Januar 1920, wiederholte einer der Führer der monarchistischen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), Kuno Graf von Westarp, den an die Republik gerichteten Vorwurf der historischen Illegitimität und verknüpfte ihn mit der Hoffnung auf ein baldiges Ende Weimars. Seiner Ansicht nach widersprach die Gründung der Weimarer Republik dem „Geist Bismarcks“, weshalb sie kein historisches Existenzrecht besitze. Westarp war jedoch zuversichtlich, dass die Demokratie nur einen vorübergehenden Tiefpunkt in der deutschen Geschichte darstellen werde: „Die Deutsche Republik des 9. November (...) (und) die Knechtschaft des Versailler Vertrages vom 28. Juni 1919, sie werden sich als die Übergangszeit erweisen. (...) Auf den Grundlagen, die am 18. Januar [1871, dem Tag von Bismarcks Kaiserproklamation in Versailles, R.G.] besiegelt und geschaffen worden sind, wird Preußen, wird Deutschland neu erstehen.“⁴

¹ Vgl. Richard Lewinsohn, Die Bismarck-Legende, in: Die Weltbühne, (1921) 17, S. 33 ff. Vgl. zu diesem Beitrag ausführlich: Robert Gerwarth, Der Bismarck-Mythos. Die Deutschen und der Eisernen Kanzler, München 2007.

² Hermann Ulrich Kantorowicz, Bismarcks Schatten, Freiburg i. Br. 1921, S. 11.

³ Bismarck und die Revolution, in: Die Tradition vom 5. 4. 1919, S. 19 f.

⁴ Kuno Graf von Westarp, Der 18. Januar, in: Die Tradition vom 17. 1. 1920.

Mythische Überhöhung

Polemische Äußerungen wie diese waren typisch für die Art und Weise, in der die tief gesplante Weimarer Gesellschaft das Erbe des „Eisernen Kanzlers“ interpretierte. Wann immer sich konservative und nationalistische Kreise zwischen 1918 und 1933 auf Bismarck beriefen, so taten sie dies, um der von ihnen verachteten Republik den mythisch überhöhten Maßstab des „Eisernen Kanzlers“ und der glorifizierten Zeit seiner Herrschaft anzulegen. Für Linksliberale und Sozialdemokraten dagegen hatte Bismarcks semi-autoritäres Regime einen historischen Prozess der Liberalisierung und Demokratisierung Deutschlands unterbrochen, der mit den Befreiungskriegen begonnen und in der Revolution von 1848 seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht hatte. Nach dem Zusammenbruch des kleindeutschen Hohenzollernreichs, so sahen es die Republikaner, hatten die Revolutionäre von 1918 Bismarcks historischen Irrweg korrigiert und ein gerechteres politisches System errichtet, das seinerseits mit den „besseren“ Traditionen der deutschen Geschichte, vor allem mit der Revolution von 1848, tief verbunden sei: die Weimarer Republik.¹⁵

Der öffentliche Deutungsstreit über Bismarck und sein Erbe beschränkte sich keineswegs auf die Jahre der ersten deutschen Demokratie. Kein anderer Staatsmann hat die Phantasien der Deutschen seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert mehr beflügelt als der „Eiserne Kanzler“, keinem deutschen König oder Kaiser wurden mehr Denkmäler errichtet als ihm, über keinen deutschen Politiker vor und seit Hitler wurde leidenschaftlicher gestritten als über Otto von Bismarck. Noch lange nach dem endgültigen Untergang des Bismarck'schen Reiches im Frühjahr 1945, zu einer Zeit, in der der Ruf nach einem „neuen Bismarck“ aus offensichtlichen Gründen an Attraktivität verloren hatte, galt Bismarck repräsentativen Umfragen zufolge als mit Abstand beliebtester Deutscher, bis ihn Adenauer nach dem „Wirtschaftswunder“ in der Gunst der Deutschen ablöste.¹⁶ Die intensive Be-

schäftigung der Deutschen mit dem Gründer des Reiches von 1871 spiegelt sich auch in der Zahl der (mehr und weniger) wissenschaftlichen Publikationen wider, die ihm gewidmet sind: Bereits 1966 verzeichnete eine Bismarck-Bibliographie mehr als 6000 Einträge, eine Zahl, die bis zum 100. Todestag Bismarcks im Jahr 1998 noch erheblich angewachsen ist.¹⁷

Wohl zuallererst aufgrund seiner unbestreitbaren Verdienste um die deutsche Einheit wurde Bismarck schon während seiner Kanzlerschaft zwischen 1871 und 1890 zum lebenden Mythos. In den Jahren nach seiner Entlassung als Reichskanzler und Preußischer Ministerpräsident durch Kaiser Wilhelm II., vor allem aber nach seinem Tod im Jahre 1898, griff die kultische Bismarck-Verehrung immer weiter um sich und fand ihren bleibenden Ausdruck in mehr als 360 Denkmälern, die allorts in Deutschland errichtet wurden.¹⁸ Die peinlichen Blößen, die sich Wilhelm II. und seine Paladine in der deutschen Innen- und Außenpolitik gaben, bildeten die dunkle Folie, vor der die Heldengestalt des „Alten im Sachsenwald“, wie Bismarck nach seinem Umzug nach Friedrichsruh bei Hamburg oft genannt wurde, umso heller erstrahlte. Als Bismarck am 30. Juli 1898 starb, galt er vielen, wenn nicht sogar einer Mehrheit der Deutschen als unfehlbar, als Sinnbild deutscher Tugenden, als Vollender des Werkes Friedrichs des Großen.¹⁹

Unumstritten war das Bild des „Eisernen Kanzlers“ allerdings auch im Kaiserreich nie. Für die von Bismarck als „Reichsfeinde“ geächteten Gruppen – vor allem für Zentrums-katholiken, Linksliberale und Sozialdemokraten – prägte die Erfahrung des Kulturkampfes und der Sozialistengesetze noch jahrzehntelang das Bild des ersten Reichskanzlers, auch wenn Katholiken seit der Jahrhundertwende verstärkt dem Bismarckkult huldigten, um ihre nationale Gesinnung unter Beweis zu stellen.¹⁰ Seine Kritiker standen jedoch einem politisch einflussreichen bürgerlichen Lager gegenüber, für das Bismarck die Verkörperung

¹⁵ Vgl. Daniel Bussenius, Eine ungeliebte Tradition. Die Weimarer Linke und die 48er Revolution, in: Heinrich August Winkler (Hrsg.), Griff nach der Deutungsmacht. Zur Geschichte der Geschichtspolitik in Deutschland, Göttingen 2004, S. 90–114.

¹⁶ Vgl. Jahrbuch der öffentlichen Meinung. 1965–1967, hrsg. von Elisabeth Noelle/Erich Peter Neumann, Alsenbach-Bonn 1967, S. 144 f.

¹⁷ Vgl. Karl Erich Born (Hrsg.), Bismarck-Bibliographie, Köln-Berlin 1966.

¹⁸ Vgl. Sieglinde Seele, Lexikon der Bismarck-Denkmäler, Petersberg 2005.

¹⁹ Vgl. Lothar Machtan, Bismarcks Tod und Deutschlands Tränen. Reportage einer Tragödie, München 1998.

¹⁰ Vgl. R. Gerwarth (Anm. 1), S. 25–29.

der deutschen Nation war, der „Erlöser“, der Deutschland aus dem Zustand der territorialen Zerrissenheit und der inneren politischen Zwietracht befreit und das Reich zur kontinentalen Hegemonialmacht gemacht hatte. Dass Bismarck damit die „deutsche Mission“ Preußens erfüllt hatte, sollte seine im größten deutschen Bundesstaat besonders ausgeprägte Popularität weiter beflügeln. Bismarck selbst hatte erheblich zu dieser Interpretation beigetragen, indem er die Kaiserproklamation von 1871 im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles bewusst auf den 18. Januar gelegt hatte, jenes Datum, an dem genau 170 Jahre zuvor Friedrich I. als erster preußischer König den Thron bestiegen hatte.

In der Übergangsphase vom Kaiserreich zur Republik änderten sich Bedeutung und Funktion des Bismarck-Mythos grundlegend. Bis 1918 hatte die mythisch überhöhte Figur Bismarcks dazu gedient, die Deutschen daran zu erinnern, dass das Kaiserreich den Höhepunkt der deutschen Geschichte darstelle und jede Kritik an der Staatsform zugleich auch eine Infragestellung des von Bismarck geschaffenen Nationalstaats bedeute. Nach dem Ende des Weltkriegs wurde er dagegen zu einer politischen Chiffre für das, was das Deutsche Reich durch einen von „inneren Reichsfeinden“ begangenen „Verrat“ verloren hatte, nämlich seine Rolle als führende wirtschaftliche und politische Macht auf dem europäischen Kontinent. Gleichzeitig wurde der Mythos dazu benutzt, um den Gedanken wach zu halten, dass die vergangene Größe Deutschlands nicht dem Parlamentarismus, sondern dem Vorhandensein eines überragenden Führers geschuldet sei. Die radikale Infragestellung des Existenzrechts der Republik mit Hilfe des Bismarck-Mythos erklärt die beispiellose Unversöhnlichkeit, mit der die gegensätzlichen Interpretationen des Eisernen Kanzlers zwischen 1918 und 1933 aufeinander prallten.

In der umkämpften, von ihren linken und rechten Gegnern bedrohten Weimarer Republik wurde die Vergangenheit im Allgemeinen und der Bismarck-Mythos im Besonderen zu einer Waffe im Ideologiestreit, die dazu diente, widerstreitenden politischen Zielen Glaubwürdigkeit und Legitimität zu verleihen.¹¹ Die Leidenschaft, mit der alle be-

¹¹ Vgl. Robert Gerwarth, *The Past in Weimar History*, in: *Contemporary European History*, 15 (2006), S. 1–22.

teiligten Seiten auf der Richtigkeit ihrer jeweiligen Geschichtsdeutung beharrten, erwuchs aus einer pragmatischen Erkenntnis: Nur wer die Vergangenheit auf seiner Seite wusste, konnte für seine Politikkonzepte in der Gegenwart historische Legitimität und politische Macht beanspruchen. Um eine adäquate historische Einordnung des Reichsgründers ging es also bei dem öffentlichen Deutungsstreit um Bismarcks Erbe nur sehr vordergründig. Es war der historische Standort der ersten deutschen Demokratie, ja die Existenzberechtigung der Republik von Weimar, die bei der öffentlichen Diskussion im Mittelpunkt stand.

Großdeutsche Rhetorik

Dass der Mythos um Otto von Bismarck zu einer der wichtigsten geschichtspolitischen Waffen der deutschen Rechten gegen die Republik werden sollte, war im Winter 1918/19 alles andere als offensichtlich. Zumindest bis zum Januar 1919, als sich die Revolution radikalisierte, galt das Kapitel Bismarckreich als abgeschlossen. Denn nur eine Abwendung von der Verfassung von 1871, ein demokratischer Neubeginn, schien einen gerechten, auf Woodrow Wilsons „14 Punkten“ beruhenden Frieden zu garantieren.¹² Dementsprechend stellte der „Vater“ der Weimarer Verfassung, Hugo Preuß, den ersten Entwurf der Konstitution bewusst als Abkehr von der Reichsverfassung von 1871 und als aktualisierte Fassung der Ideale des Paulskirchenparlaments von 1848/49 vor.¹³

Darüber hinaus wurde der militärische Zusammenbruch der Mittelmächte von vielen Deutschen als Voraussetzung für eine friedliche großdeutsche Erweiterung des Reichs, den Anschluss „Deutsch-Österreichs“ unter dem Zeichen des Selbstbestimmungsrechts der Völker, angesehen. „Stolz stehen wir da und aufrecht und pflanzen am Grabe des alten Reiches die Hoffnung aufs größere Deutschland auf“, hieß es im Spätherbst 1918 in einem Kommentar der Zeitschrift „Die

¹² Siehe etwa Berliner Tageblatt vom 10. 11. 1918, Morgenausgabe; Max Weber, *Deutschlands künftige Staatsform*, in: ders., *Gesammelte politische Schriften*, hrsg. von Johannes Winckelmann, Tübingen 1988⁵, S. 453.

¹³ *Verhandlungen der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Stenographische Berichte und Anlagen (NV)*, 24. 2. 1919, Bd. 326, S. 292.

Hilfe“: „Jetzt können wir, anders wie unsere Väter 1871, unser Haus von Grund auf neu bauen.“¹⁴ Auch die Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands (MSPD), die als stärkste politische Kraft aus den Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung hervorgegangen war und mit Friedrich Ebert den ersten Reichspräsidenten der Republik stellte, setzte sich nachdrücklich für eine Überwindung des kleindeutschen Bismarckreiches ein.¹⁵ Dass Ebert und andere führende Republikaner im Frühjahr 1919 auf einen Anschluss „Deutsch-Österreichs“ drängten, hatte mehrere Gründe. Zum einen wäre der Anschluss ein Beweis für die Fähigkeit der Republik gewesen, eine umfassendere Lösung der deutschen Frage herbeizuführen als Bismarck im Jahre 1871. Zweitens konnten die Parteien, die im Oktober 1918 unverhofft an die Macht gekommen waren, durch die Unterstützung der Anschlussbewegung demonstrieren, dass die Republik die großdeutschdemokratischen Traditionen der 1848er Revolution wahrte. Bismarcks kleindeutsche Lösung der deutschen Frage und das auf der Verfassung von 1871 beruhende politische System wurden der Öffentlichkeit als „Fehler der Reichsgründung“ präsentiert, deren „späte Korrektur“ die Republik vornehmen könne.¹⁶

Die großdeutsche, dezidiert gegen das kleindeutsche Bismarckreich gerichtete Rhetorik Eberts erfuhr einen entscheidenden Dämpfer, als die deutsche Delegation in Versailles im Mai 1919 erfuhr, dass die alliierten Siegermächte den Anschluss Österreichs unter keinen Umständen erlauben würden.¹⁷ Das Anschlussverbot der Alliierten erwies sich als Debakel für die republikanische Linke: Ebert und andere führende Sozialdemokraten hatten wiederholt betont, dass das Bismarckreich kleindeutsch und daher „un-

vollendet“ gewesen sei. Noch am 18. März 1919 hatte das publizistische Flaggschiff der Sozialdemokraten, der „Vorwärts“, erklärt: „Das kleindeutsche Reich Bismarcks ist in die Katastrophe des Weltkrieges hineingetaumelt, aber der *großdeutsche* Gedanke von 1848, der den Zusammenschluss *aller* Deutschen, auch der *Deutschösterreicher*, als Ziel vor Augen hatte, er marschiert und vollendet sich in unseren Tagen unter dem Zeichen des schwarzrot-goldenen Banners, der Revolutionsfahne von 1848.“¹⁸

Die endgültige Ablehnung des Anschlusses durch die Alliierten schuf eine Angriffsfläche, auf die sich die Propaganda der Rechten umgehend einschoss. Die konservative Wochenschrift „Tradition“ hatte den Sozialdemokraten bereits Anfang April 1919 vorgehalten, dass eine friedliche Revision der kleindeutschen Grenzen unrealistisch sei: „Wenn man mit Worten und warmem deutschen Herzen Reiche gründen könnte, dann hätten die Idealisten der Frankfurter Paulskirche uns schon vor 70 Jahren das große deutsche Vaterland vom Belt bis an die Adria geschenkt.“¹⁹ Nach dem alliierten Anschlussverbot sah der Chefredakteur der „Neuen Preussischen Zeitung“ und spätere Vorsitzende der DNVP, der bereits erwähnte Kuno Graf von Westarp, diese Einschätzung bestätigt, denn den Vätern der Verfassung war es „nicht gelungen (. . .), den Plan eines größeren Deutschlands zu verwirklichen, um dessentwillen sie sich bei Beginn der Verhandlungen [über die Weimarer Verfassung, R.G.] einem Bismarck so gewaltig überlegen dünkten.“²⁰ Von Westarps Erleichterung war verständlich, denn infolge des Scheiterns ihres Versuchs, eine großdeutsche Republik zu schaffen, hatte die demokratische Linke ihr stärkstes und zugkräftigstes Argument gegen Bismarcks kleindeutsches Reich von 1871 verloren. Nach dem Anschlussverbot fehlte dem Versprechen der Mehrheitssozialdemokraten, das „unvollkommene“ Bismarckreich durch eine *großdeutsche* Republik zu ersetzen, etwas ganz Entscheidendes, nämlich die Glaubwürdigkeit.

¹⁴ Wilhelm Heile, *Der deutsche Neubau*, in: *Die Hilfe*, (1918) 24, S. 559.

¹⁵ Siehe Eberts Rede anlässlich der Eröffnung der Nationalversammlung in Weimar, NV, 6. 2. 1919, Bd. 326, S. 2.

¹⁶ Außenminister Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau, in: NV, 14. 2. 1919, Bd. 326, S. 69.

¹⁷ Vgl. Fritz Klein, *Between Compiègne and Versailles. The Germans on the Way from a Misunderstood Defeat to an Unwanted Peace*, in: Manfred Boemeke/Gerald Felman/Elisabeth Glaser (Hrsg.), *The Treaty of Versailles. A Reassessment after 75 Years*, Cambridge 1998, S. 203–220.

¹⁸ *Vorwärts* vom 18. 3. 1919.

¹⁹ *Die Tradition*, (1919) 1, S. 19f.

²⁰ *Neue Preussische Zeitung* vom 7. 9. 1919, abgedruckt in: Kuno Graf Westarp, *Konservative Politik im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik*, hrsg. von Friedrich Freiherr von Gaertringen, Düsseldorf 2001, S. 272.

Das Anschlussverbot und die Unterzeichnung des Versailler Vertrages am 28. Juni 1919 trugen in starken Maße zur Radikalisierung des politischen Klimas bei. Der verlorene Krieg und die Errichtung einer als „undeutsch“ empfundenen demokratischen Regierungsform wurden von rechten Parteien als direkte Folge des „Dolchstoßes“ in den Rücken der kämpfenden Truppe dargestellt, den die Novemberrevolutionäre der „im Felde unbesiegten“ deutschen Armee versetzt hatten. Von Anfang an war die „Dolchstoßlegende“ aufs Engste mit dem Bismarck-Mythos verknüpft. Denn die „Verräter“ vom November 1918 waren in erster Linie „Verräter“ am untergegangenen Bismarckreich. So empfahl der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Gottfried Traub im Rahmen einer Debatte über ein nationales Verfassungsdenkmal in Weimar, dass man eine Statue errichten müsse, die den „Vater“ der Reichsverfassung, den „Juden Preuß“ dabei zeigen solle, wie er Bismarck einen Dolch in den Rücken stößt.¹²¹

Popularisierung des Führerkults

In den 14 Jahren des Bestehens der Weimarer Republik nutzte die politische Rechte alle zur Verfügung stehenden Medien – Zeitungsartikel, Radiosendungen, Wahlplakate, Filme –, um die Kernelemente des Bismarck-Mythos nach 1918 zu verbreiten: den Glauben an die Notwendigkeit einer charismatischen Führerfigur und die These der historischen Illegitimität der Republik. Das Ziel der Popularisierung „bismarckschen Gedankengutes“ verfolgte auch der zweiteilige Film „Bismarck“, der Mitte der 1920er Jahre in die Kinos kam. Der Film sollte, wie die Produzenten freimütig zugaben, bei den Zuschauern die Wahrnehmung der „gegenwärtigen Ohnmacht“ schärfen, um „die Seelen (des) Volkes (...) aufzurütteln und ihm zum Bewußtsein zu bringen, was es verloren hat“. Das reich illustrierte Begleitbuch erläuterte, warum das neue Medium des Tonfilms gewählt worden war. Zeitungsartikel und Reden, so der Herausgeber Ludwig Ziehen im Geleitwort, seien „gewiß nützlich und notwendig“, um Bismarck auf ewig im kollektiven Gedächtnis der Deutschen zu verankern, „aber wirkungsvoller für die Masse ist der Film, der (...) die

¹²¹ Eiserne Blätter, (1927) 9, S. 581.

Taten und Erfolge der Vergangenheit in bewegten Szenen lebendig vor Augen führt“.¹²²

Die begeisterte öffentliche Aufnahme des Films veranlasste die linke Presse, die fragwürdige historische Authentizität des Werkes anzuprangern. So bemängelte etwa das „Berliner Tageblatt“ die einseitige Darstellung des Reichsgründers als genialen Außenpolitiker. Die Produzenten des Films hätten nicht nur den „Bismarck der inneren Politik“, den „junkerlich-patriarchalisch eingestellten Gewaltmenschen“ verschwiegen, sondern auch versucht, den „Geist von Locarno“ mit dem „Geist von Sedan“ auszutreiben.¹²³

Dass die republikanische Linke dem Bismarck-Kult der Rechten entschieden entgegentrat, lässt sich durch ein weiteres Beispiel illustrieren. Wenige Monate nach dem sozialdemokratischen Erdrutschsieg bei der Reichstagswahl 1928 organisierte die Berliner SPD-Führung eine Großdemonstration im Lustgarten, die an die Verabschiedung des ersten Sozialistengesetzes vom 18. Oktober 1878 erinnern sollte.¹²⁴ Fast 100 000 Demonstranten versammelten sich trotz stürmischen Wetters, um den „Eisernen Kanzler“ als Unterdrücker der Arbeiterschaft zu schmähen und sich selbst als Sieger in der historischen Auseinandersetzung mit den Gegnern des Sozialismus zu feiern. „Bismarck ist tot“, lautete der Spruch auf ihren Bannern, „aber die Sozialdemokratie lebt!“¹²⁵

Doch das zur Schau gestellte republikanische Selbstbewusstsein der SPD sollte nicht lange währen. Mit dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise erhielten jene Kräfte Rückenwind, die der Republik feindlich gegenüberstanden. Vor allem aber entstand durch die Krise nach 1929 ein Klima, in dem die durch den Bismarck-Mythos popularisierte Kritik an der parlamentarischen Demokratie und der Glaube an die Notwendigkeit eines „zweiten Bismarck“ auf fruchtbaren Boden stieß. Niemand beutete das verbreitete Verlangen nach einem „neuen Bismarck“ mit größerem demagogischen Geschick aus als

¹²² Ludwig Ziehen, Bismarck. Geleitbuch zum Bismarck-Film, Berlin 1926.

¹²³ Berliner Tageblatt vom 8. 1. 1927, Abendausgabe.

¹²⁴ Vgl. An alle Sozialisten, Gewerkschafter und Republikaner Berlins, Landesarchiv Berlin, Acc. 1788/007.

¹²⁵ Vorwärts vom 22. 10. 1928, Morgenausgabe.

der Führer der nunmehr größten Oppositionspartei im Reichstag, Adolf Hitler.

Hitler hatte bereits im April 1922 vor einer noch kleinen Schar von Anhängern deutlich gemacht, dass er von der propagandistischen Macht des Bismarck-Mythos überzeugt war: „In Bismarcks Spuren müssen wir wandeln. Nur so können wir Millionen von Wählern gewinnen. Und wenn die Zeit dann kommt, dann wollen wir sagen: wir beugen unser Haupt vor Dir, Bismarck.“¹²⁶ Nach dem Beginn der Weltwirtschaftskrise intensivierte Hitler seine Bemühungen, sich den Wählern als „zweiter Bismarck“ zu präsentieren. In einer Parteitage-Rede von 1931 rief er seinen begeisterten Zuhörern zu: „Wenn Bismarck heute wiederkäme mit seinen Mitstreitern, sie ständen heute alle bei uns.“¹²⁷ Freilich wäre es unsinnig, den Bismarck-Mythos für den Aufstieg Hitlers verantwortlich zu machen. Aber der Mythos half Hitler fraglos bei seinem Bestreben, eine Brücke zwischen seiner Anhängerschaft und dem konservativen Bürgertum zu schlagen.

Wie wenig Hitlers Kanzlerschaft mit derjenigen Bismarcks gemein haben würde, hätte jedem klar sein müssen, der „Mein Kampf“ gelesen oder Hitlers Reden gehört hatte. Hitler hatte nie einen Hehl aus seiner Absicht gemacht, radikal mit allen parlamentarischen und konstitutionellen Traditionen zu brechen, die das Bismarckreich eben auch charakterisiert hatten. Der linksliberale Journalist und spätere Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky wies in einem vielbeachteten Aufsatz von 1931 jeden Vergleich zurück: „Bismarck war eine Jahrhundertgestalt, wer aber ist Adolf Hitler? Wie stark muss die Verblödung eines Volkes vorangeschritten sein, das in diesem albernen Poltron [Prahlhans] einen Führer von Bismarckschem Format sieht?“¹²⁸

In der öffentlichen Diskussion des krisengeschüttelten Deutschland beherrschten jedoch diejenigen das Feld, die in Hitler den Mann sahen, der Bismarcks Werk vollenden

¹²⁶ Adolf Hitler, *Sämtliche Aufzeichnungen, 1905–1924*, hrsg. von Eberhard Jäckel, Stuttgart 1980, S. 599.

¹²⁷ Rede in Coburg am 18. 1. 1931, in: Adolf Hitler, *Reden, Schriften, Anordnungen, Februar 1925 bis Januar 1933*, Bd. 4.1, München 1996, S. 176.

¹²⁸ Carl von Ossietzky, *Zur Reichsgründungsfeier, in: Die Weltbühne*, (1931) 27, S. 79 ff.

würde. Generalleutnant Richard Kaden zum Beispiel kommentierte die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 mit den Worten: „Wie deutlich bestätigt uns wieder die Schicksalswende vom 30. Januar den alten Erfahrungssatz, dass nie die Masse, nur der Führer, die einzelne Persönlichkeit die Befreiung bringen kann (. . .). Das sahen wir an Bismarck, das sehen wir jetzt wieder an Hitler, der mit seinem flammenden Kampfrufe die Massen aufrüttelte und sie in der Verbindung von nationalem Empfinden und sozialem Verständnis einete.“¹²⁹ Die Einsicht, dass Hitlers „Machtergreifung“ nicht den Beginn eines deutschen Wiederaufstiegs markierte, sondern den Untergang jenes Reiches einleitete, das Bismarck 1871 gegründet hatte, sollte zu spät kommen.

Fazit

Der Bismarck-Mythos spielte in den geschichtspolitischen Debatten der Weimarer Republik eine zentrale Rolle. In den 14 Jahren des Bestehens der ersten deutschen Demokratie blieb die Erinnerung an Bismarck eine ständige Mahnung an vergangene deutsche Größe, die unablässig gegen die vermeintlichen und tatsächlichen Schwächen der Republik ins Feld geführt wurden. War sie, wie ihre rechten Gegner behaupteten, das Ergebnis eines aus Sozialdemokraten, Linksliberalen und Zentrums-katholiken ausgeführten „Dolchstoßes“ in den Rücken des „im Felde unbesiegten“ deutschen Heeres? War der „Verrat“ von 1918 eine späte Rache der „inneren Reichsfeinde“ an ihrem alten Widersacher, Otto von Bismarck? Oder hatten die Republikaner Recht, wenn sie erklärten, die Verfassung von 1919 stelle die Erfüllung jener demokratischen Ideale dar, für welche die Revolutionäre von 1848 vor ihrer Unterdrückung durch die deutsche Reaktion gekämpft hatten?

Der öffentliche Meinungsstreit, der sich an Fragen wie diesen entzündete, spiegelte ein Hauptproblem der politischen Kultur der Weimarer Republik wider: das Fehlen eines Minimalkonsenses über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Nation. Die extreme ideologische Fragmentierung der Wei-

¹²⁹ Richard Kaden, *In der alten Armee. Lebenserinnerungen aus Frieden und Krieg*, Grotzsch 1933, S. 311.

marer Gesellschaft trat in einem Bürgerkrieg der Erinnerungen und historischen Symbole zutage, in dem konkurrierende politische Lager um das Erbe der Vergangenheit kämpften, um ihrer Politik für die Gegenwart und Zukunft einen historischen Sinn zu verleihen.

Darüber hinaus beförderte und popularisierte der Bismarck-Mythos zwei zentrale Elemente der rechten Agitation gegen die Weimarer Republik: die Zurückweisung des Parlamentarismus als „westliche“, mit der deutschen Geschichte unvereinbare Staatsform der Sieger des Weltkrieges und den Glauben, dass nur ein starker charismatischer Führer die drängendsten Probleme der deutschen Gesellschaft nachhaltig zu lösen vermöge.

Lars Lüdicke

Die neue Staatenwelt nach 1918

Das ist kein Friede. Das ist ein Waffenstillstand für zwanzig Jahre“,¹ lautete die düstere Prognose des französischen Marschalls Ferdinand Foch, der als Oberbefehlshaber der Entente am 11. November 1918 die deutsche Kapitulation entgegengenommen hatte und der nun, ein halbes Jahr später, voraussagte, dass die Nachkriegsordnung keinen dauerhaften Frieden begründen würde. In der Tat bewahrheitete sich Fochs Vorahnung mit eigentümlicher Treffsicherheit: 20 Jahre später begann mit dem deutschen Angriff auf Polen ein neuer Krieg, der die Schrecknisse und Zerstörungen des gerade erst zu Ende gegangenen Weltkrieges noch übertraf.

Lars Lüdicke

M.A., geb. 1977; Lehrbeauftragter am Historischen Institut der Universität Potsdam, Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam.
lars.luedicke@uni-potsdam.de

Eine unausweichliche, zwangsläufige Folge des Ersten war der Zweite Weltkrieg freilich nicht, und dennoch lasteten dessen Wirkungen als schwere Hypothek auf der im Jahr 1919 geschaffenen Friedensordnung. Der Krieg hatte manche Entwicklungslinien des 19. Jahrhunderts verstärkt, manche abgebrochen, andere als neue Formen ausgeprägt und insgesamt eine Kontinuität von Strukturen und Systemen wie auch einen Bruch mit der Vergangenheit herbeigeführt, die von immenser Tragweite für das ganze Jahrhundert waren. Das galt zunächst für die Friedensverträge, die ein Produkt der vom Krieg beeinflussten Denktraditionen waren und die eine widersprüchliche Nachkriegsordnung schufen, an der sich überall in Europa die Forderungen nach Revision entzündeten.

Noch unter dem Eindruck des Krieges tagte ab Januar 1919 in Versailles der Friedenskongress der alliierten und assoziierten Mächte über die Hauptfrage, wie ein dauerhafter Frieden gewonnen werden könnte. Be-

¹ Zit. nach: Winston Churchill, *Der Zweite Weltkrieg*, Bern-München-Wien 1995², S. 17.



euro|topics

www.eurotopics.net

reits Ende Oktober 1918, kurz vor Ende der Kampfhandlungen, hatte das französische Außenministerium gefordert, dass „das Werk Bismarcks zerstört werden“ müsse, „um Europa einen dauerhaften Frieden zu sichern“.¹² Georges Clemenceau, der französische Ministerpräsident, hielt noch lange Zeit an dem Ziel fest, absolute Sicherheit gegenüber Deutschland mittels eines harten Friedensschlusses durchzusetzen, der auf einen Zerfall des Reiches und die Gewinnung der Rheingrenze hoffen ließ. Für ihn, der in traditionell-nationalstaatlichem Denken verhaftet blieb, stellte die einschneidende Begrenzung des deutschen Machtpotentials in territorialer, militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht eine für Frankreichs Sicherheit unverzichtbare Forderung dar.

Damit gerieten die schier ausufernden französischen Sicherheitsinteressen in unauflöshchen Gegensatz zu den angelsächsischen Sicherheitsprämissen. Woodrow Wilson, der Präsident der USA, hatte bereits im Weltkrieg das Leitbild eines Weltfriedens aufgestellt, der auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und der internationalen Zusammenarbeit in einem „Völkerbund“ aufbaute. Sein Vorhaben, die Welt *safe for democracy* zu machen, sollte die Wiederholung eines solch furchtbaren Krieges unmöglich machen. Zugleich markiert seine Vorstellung von einem Frieden der Gerechtigkeit, den er am 8. Januar 1918 in einem Vierzehn-Punkte-Programm unterbreitet hatte, auch eine Reaktion auf die Oktoberrevolution in Russland. Dem von Lenin verfolgten Ziel der proletarischen Weltrevolution und der Diktatur des Proletariats sollte, so Wilsons Vorsatz, mit einem demokratisch verfassten Europa begegnet werden. Deutschland, das sich zum Ende des Krieges und in der Revolution vom Kaiserreich zu einer parlamentarischen Demokratie westlichen Musters gewandelt hatte, kam in Wilsons Sicht dabei besondere Bedeutung zu: Als noch immer wirtschaftlich stärkstes Land auf dem Kontinent und als bevölkerungsstärkste Macht westlich der russischen Sowjetrepublik sollte das vom Militärstaat zur westlich orientierten Zivilgesellschaft gewandelte Deutschland künftig an der Friedenswahrung mitwirken. Zu-

gleich hatte die idealistische Zielrichtung Wilsons eine praktische Implikation: Deutschland als demokratischen Staat gegen den Bolschewismus zu stabilisieren, folgte zugleich dem Kalkül, es als prosperierende, in die Weltwirtschaft integrierte Volkswirtschaft als Produzent und Markt zu erhalten, schon allein, um Reparationen abschöpfen zu können.

Versailler Vertrag

Am Ende der von so unterschiedlichen, ja in Teilen gegensätzlichen Interessen geprägten Verhandlungen stand für Deutschland der Versailler Vertrag. Dieser Minimalkompromiss zwischen der idealistischen Vision einer auf demokratischen Prinzipien beruhenden Weltfriedensordnung und dem von Furcht und Hass diktierten Sicherheits- und Machtinteresse der französischen Siegermacht erreichte das Gegenteil des Beabsichtigten, indem er die Konfliktlinien des Krieges in der Nachkriegsordnung fortsetzte und vermehrte Unsicherheiten schuf. Frankreich musste sich damit abfinden, dass das Reich, das auch als parlamentarische Demokratie seinen alten Namen behielt, als Großmacht potentiell weiter bestand und zur unversöhnlichen Revisionsmacht wurde.

In der Tat erschienen dem Großteil der Deutschen die auferlegten Bedingungen als kaum an- und nicht dauerhaft hinnehmbar. Die Gebietsabtretungen, von denen schwere wirtschaftliche Nachteile erwartet werden mussten, betrafen etwa ein Siebtel der Fläche und ein Zehntel der Bevölkerung und dienten fortan der revanchistischen Agitation. Wenngleich in den meisten der abzutretenden Gebiete eine mehrheitlich nichtdeutschsprachiger Bevölkerung lebte, verletzten die Bestimmungen doch das Gefühl einer Nation auf das Tiefste, die lange Zeit auf einen annexionistischen „Siegfrieden“ gesetzt hatte. Hinzu trat, dass die (temporäre) Besetzung des Rheinlandes durch alliierte Truppen als erniedrigender Souveränitätsverlust aufgefasst wurde; die einschneidenden Demilitarisierungsbestimmungen galten als Demütigung der preußisch-deutschen Militärtradition. Empörend wirkte ebenso der Kriegsschuldartikel 231, der Deutschland und seinen Verbündeten die Alleinschuld am Krieg zuschob und auf den sich die Reparationen juristisch und politisch-moralisch gründeten. Seither

¹² Denkschrift des französischen Außenministeriums vom 25. 10. 1918, zit. nach: Gitta Steinmeyer, Die Grundlagen der französischen Deutschlandpolitik 1917–1910, Stuttgart 1979, S. 115.

war der Kampf gegen die „Kriegsschuldfrage“ der alliierten Siegermächte „die Integrationsklammer der politischen Kultur Weimars“.¹³

Entrüstung lösten nicht zuletzt auch die als demütigend empfundenen Verhandlungen aus. Die deutsche Delegation war an den Gesprächen nicht beteiligt worden, sondern hatte am 7. Mai lediglich den Entwurf des Friedensvertrages empfangen dürfen, der mit der am 16. Juni 1919 übergebenen endgültigen Fassung nahezu identisch war. Substantielle Veränderungen waren nicht zu erreichen, obwohl in unzähligen deutschen Noten Einwände und Gegenvorschläge formuliert worden waren. Vielmehr blieb nur die Alternative, den Vertrag zu unterzeichnen oder einen alliierten Truppenvorstoß zu riskieren, der das Reich dauerhaft in Einzelstaaten aufzuspalten und in separate Friedensverträge zu zwingen drohte.

Diese Zusammenhänge machen deutlich, warum der am 28. Juni 1919 geschlossene Vertrag vom weit überwiegenden Teil der Deutschen tatsächlich als „Diktat“ empfunden wurde: Dass Deutschland die Unterschrift im Spiegelsaal des Versailler Schlosses leisten musste, in dem 48 Jahre zuvor Wilhelm I. zum Kaiser proklamiert und damit das Deutsche Reich begründet worden war, war ein demonstrativer Akt, in dem der französische Triumph und die deutsche Demütigung symbolisch Gestalt annahm. Eine dauerhaften Frieden stiftende Neukonstruktion der europäischen Staatengemeinschaft zu schaffen, war in Paris nicht gelungen. Es hatte vor allem das Vermögen der von Furcht und Rache geleiteten Staatsmänner Frankreichs überfordert, die unheilvolle nationalstaatliche Machtpolitik der Vergangenheit zugunsten einer zukunftsweisenden Politik aufzugeben, um Deutschland in das demokratische Staatensystem zu integrieren.

Völkerbund

Die Deutschen vermochten es nicht, den Versailler Vertrag in realistischen Proportionen zu sehen und auch Vorteile und Chancen zu

¹³ Ulrich Heinemann, Die Last der Vergangenheit. Zur politischen Bedeutung der Kriegsschuld- und Dolchstoßdiskussion, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918–1933, Bonn 1987, S. 385.

erkennen, die sich boten. Quer durch alle Bevölkerungsschichten und Parteien verlief die Ablehnung des unter ultimativem Druck der Alliierten angenommenen Vertrags. Dass der als demütigend empfundene Vertrag revidiert werden musste, war allgemeine, parteiübergreifende Überzeugung – die Frage war nur, auf welche Weise, mit welcher Absicht und welchem Ziel. Weithin verstellte die Empörung einen nüchternen Blick: Dass noch im März 1918 dem russischen Kriegsgegner in Brest-Litowsk ein Frieden diktiert worden war, der gegen eben jene Prinzipien verstößt hatte, auf die Deutschland sich nun berief, spielte im öffentlichen Bewusstsein keine Rolle. Ebenso wenig wurde gesehen, dass die Friedensbedingungen noch härter hätten ausfallen können: Die Einheit des Reiches war erhalten geblieben; die Reparationspolitik musste in dem Maße nicht von Dauer sein, wie sich die negativen Konsequenzen für die deutsche und die Weltwirtschaft zeigten; und Deutschland hatte gute Aussichten, seine außenpolitische Lage zu verbessern.

Dazu gehörte die zunächst noch verwehrte Mitgliedschaft im Völkerbund, der am 16. Januar 1920 seine Arbeit aufnahm. In Deutschland galt diese Übertragung des liberaldemokratischen Parlamentarismus auf die Staatenwelt als Versuch, die Revision zu erschweren. Nach der Präambel nämlich übernahmen die Mitgliedstaaten die Verpflichtung, die internationalen Beziehungen im Geist von „Gerechtigkeit und Ehre“ zu gestalten, das internationale Recht anzuerkennen und „nicht zum Kriege zu schreiten“; ferner versprachen sie, die „territoriale Unversehrtheit und die gegenwärtige politische Unabhängigkeit aller Bundesmitglieder zu achten und gegen jeden Angriff von außen her zu wahren“.¹⁴ Deutschland musste – wie auch die anderen besiegten Staaten – diese Satzung als Bestandteil des Friedensvertrags übernehmen und seine Politik an die Grundsätze eines Gremiums binden, dem es selbst nicht angehörte.

Dass Deutschland – wie seine ehemaligen Verbündeten auch – nicht von Beginn an beteiligt wurde, war ein schwerwiegender Geburtsfehler, denn diese Diskriminierung kam gewissermaßen einer Verlängerung der in Sieger und Besiegte gespaltenen Nachkriegsordnung in jenes Gremium gleich, das doch seiner

¹⁴ Vertrag von Versailles, Präambel bzw. Art. 10.

Grundidee nach die gleichberechtigte Beteiligung aller Staaten an internationalen Entscheidungen vorsah. Die Verletzung, ja Selbstwidderlegung des universalen Prinzips zeigte das Grundproblem des Völkerbunds. Wie sich im Versailler Vertrag die Kontinuität nationalstaatlichen Machtdenkens zeigte, so missglückte auch im Völkerbund der Übergang zu einer übernationalen Zusammenarbeit in einer Weltgesellschaft. Als strukturelle Vorbelastung erwies sich auch die Nichtbeteiligung der USA, deren Präsident Wilson maßgeblich auf die Einrichtung dieser Organisation zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens gedrängt hatte. Vom Senat abgelehnt, zogen sich die USA, die 1917 kriegsentscheidend auf dem europäischen Kontinent interveniert hatten, auf eine weithin passive, isolationistische Politik zurück. Auch das revolutionäre Russland blieb bei der Gründung des Völkerbundes ausgeschlossen, sodass sich unter dieser Konstellation ein Instrument zur Sicherung des Status quo im französischen Sinne herauszubilden drohte.

Vor diesem Hintergrund wurde in Deutschland der Völkerbund weithin als Allianz der Siegermächte und als Instrument zur Verewigung der Versailler Nachkriegsordnung angesehen. Insgesamt waren es die Bestimmungen des Vertrages wie auch die moralischen Diskriminierungen, die der Revisionsbewegung von seinem Inkrafttreten an Auftrieb gaben, wobei das Streben nach Revision und die Ablehnung des demokratischen Systems zwei Seiten ein und derselben Haltung bildeten. In der Tat erwiesen sich für die Weimarer Republik vor allem jene Geschichtslegenden als schwere Belastung, die den Deutschen eine Identifikation mit der westlichen Demokratie erschwerten. Die unrealistische Annahme, dass einer parlamentarischen Regierung ein Wilson'scher Friede zuteil werden würde, hatte die Demokratisierung Deutschlands wesentlich begünstigt. Ja, selbst die oberste militärische Führung hatte im Herbst 1918 den Kaiser bedrängt, den verlorenen Krieg in einem maßvollen Frieden zu beenden, und deshalb auf Parlamentarisierung gedrungen. Somit war die später weit verbreitete Auffassung objektiv falsch, nach der die Demokratie als eine von den Siegern aufgezwungene Staatsform galt. Doch als die Siegermächte dem Deutschen Reich den Versailler Vertrag trotz der unlängst etablierten parlamentarischen Demokratie geradezu diktierten, war damit in weiten Teilen des deutschen Vol-

kes die neue Staatsordnung diskreditiert. Deutschland habe, „im Felde unbesiegt“, die Waffen freiwillig und in der Erwartung eines „gerechten“ Friedens niedergelegt und sei von den wortbrüchigen alliierten Demokratien in einen „Diktatfrieden“ gezwungen worden, lautete fortan eine Variante der so genannten „Dolchstoßlegende“, die von Beginn an als antidemokratische Hypothek auf der Weimarer Republik lastete.

Friedensverträge

Für die Ausbildung solcher Legenden fehlten Deutschlands Kriegsverbündeten die Grundlagen. Unter dem Ansturm der alliierten Angriffe hatten Bulgarien und das Osmanische Reich bereits Ende September bzw. Oktober, Österreich-Ungarn Anfang November 1918 kapituliert. Als Folge der militärischen Niederlagen gewann hier weder die Empörung über die Friedensverträge noch das Revisionsstreben eine solch prinzipielle Form wie in Deutschland. Nichtsdestoweniger brachten die als „Pariser Vorortverträge“ bezeichneten Friedensschlüsse der Alliierten mit den ehemaligen Verbündeten Deutschlands für ganz Ost- und Südosteuropa gravierende Veränderungen.

Die geringsten bewirkte der am 27. November 1919 unterzeichnete Vertrag von Neuilly-sur-Seine, in dem Bulgarien Westthrakien abtreten musste und somit den Zugang zur Ägäis verlor. Einschneidender waren die Veränderungen infolge der im Weltkrieg untergegangenen Vielvölkerreiche, des Osmanischen Reichs und Österreich-Ungarns. Angesichts der heterogenen Zusammensetzung der Bevölkerung ließ sich hier das Nationalstaatsprinzip kaum verwirklichen. Ungarn verlor in dem am 4. Juni 1920 geschlossenen Friedensvertrag von Trianon etwa zwei Drittel seines Territoriums. Siebenbürgen etwa, ein mehrheitlich von Rumänen bewohntes Gebiet im südlichen Karpatenraum, in dem Ungarn 23 Prozent der Bevölkerung stellten, wurde Rumänien zugesprochen, ebenso die Bukowina und Arad. Des weiteren fielen die heutige Slowakei und die Karpaten-Ukraine an die neu gegründete Tschechoslowakei sowie Kroatien und Slawonien an Jugoslawien, einen multinationalen Neustaat im Süden.

Ungarn trat an die Seite der Revisionsmacht Deutschland, wie auch Österreich, das in dem

am 10. September 1919 geschlossenen Vertrag von Saint-Germain Böhmen und Mähren an die Tschechoslowakei, Galizien an Polen, Südtirol und Istrien an Italien sowie einige weitere Territorien an Jugoslawien abzutreten hatte. Im Falle des nahezu ausschließlich von „Deutschösterreichern“ bewohnten Südtirols handelte es sich ebenso um einen Verstoß gegen das Nationalitätenprinzip wie bei der Provinz Sudetenland, in dem es bei Demonstrationen für das Selbstbestimmungsrecht zu blutigen Unruhen kam. Den eklatantesten Verstoß gegen das Selbstbestimmungsrecht bildete das im Vertrag von Saint-Germain fixierte Anschlussverbot, das sich schlicht nicht anwenden ließ: „Deutsch-Österreich“ mit dem Reich verschmelzen zu lassen, wie es die provisorische Wiener Nationalversammlung vom November 1918 beschlossen hatte, hätte den besiegten Hauptgegner Deutschland nachträglich zum Hegemon Europas erhoben und das Kriegsergebnis ins Gegenteil verkehrt. Unmöglich war es angesichts der vor allem in Ost- und Südosteuropa heterogenen Bevölkerungsstruktur, leidlich homogene, also saturierte Nationalstaaten zu schaffen. Die Lösung schuf somit zugleich neue Probleme, indem die Errichtung zahlreicher Nachkriegsstaaten gewissermaßen das Nationalitätenproblem der untergegangenen Völkerreiche vervielfachte.

Wie gefährdet der Frieden war, den die – notwendigerweise widersprüchlichen – „Pariser Vorortverträge“ herzustellen versuchten, zeigt die Geschichte des am 10. August 1920 geschlossenen Vertrages von Sèvres. Darin wurden dem türkischen Staat, der aus dem untergegangenen Osmanischen Reich hervorging, weit reichende territoriale Abtretungen abverlangt, um die ehemals blutig unterdrückten Nationalitäten aus der Herrschaft der Türken zu lösen. Übrig bleiben sollte nach dem Willen der Alliierten lediglich ein zentralanatolischer Rumpfstaat, an den, so der Entwurf des Vertrages, Zonen grenzten, die von alliierten Mächten besetzt oder verwaltet werden sollten. Gegen die Besatzungstruppen erhob sich in den so genannten „Türkischen Befreiungskriegen“ von 1919 bis 1923 der Widerstand der Türken, die in militärischen Siegen eine Rückgewinnung von Territorien erzwangen. In der Folge akzeptierten die Alliierten am 24. Juli 1923 im Vertrag von Lausanne eine Korrektur des ursprünglichen Friedensvertrages: Bis in die

heutige Zeit wirkt nach, dass damals ein eigener Staat für das armenische Volk, an dem von türkischer Seite im Schatten des Weltkriegs ein Genozid verübt wurde, ebenso verhindert worden war wie eine Autonomie der Kurden. Die unmittelbare Folge dieser ersten Korrektur der Nachkriegsordnung bestand in der Modellwirkung, die sie auf den italienischen Diktator Benito Mussolini ausstrahlte.

Spaltung Europas

Um Italien zum Kriegseintritt an der Seite der Entente gegen die Mittelmächte zu veranlassen, waren dem Apenninistaat im Londoner Pakt vom April 1915 größere Territorien im Norden – etwa Südtirol – zugesagt worden. Dieses wurde Italien in den Pariser Verhandlungen zwar ebenso wie Trentino, Triest, Julisch-Venetien, Istrien und Teile Dalmatiens zugesprochen, jedoch gingen die italienischen Forderungen zum Ende des Krieges weit darüber hinaus. Da sich diese weit reichenden Forderungen weder mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker noch mit der Neuordnung des Balkans in Einklang bringen ließen, vermochte sich Italien in den Pariser Verhandlungen nicht durchzusetzen. Im Gefühl, als Siegermacht um die Beute betrogen worden zu sein, gewann auch in Italien die Revisionsbewegung stark an Zulauf, die sich hinter der Parole vom *vittoria mutilata*, vom „verstümmelten Sieg“ versammelte. In der militärischen Besetzung der vor Albanien gelegenen Insel Korfu im August 1923 zeigte sich die Zielsetzung der im Vorjahr von Mussolini errichteten faschistischen Diktatur: Die anfangs als Revisionismus gedeckte imperialistische Expansionspolitik, die auf Hegemonie im Balkangebiet und im Mittelmeerraum, mithin auf eine Wiederherstellung der Ära des römischen Imperiums abzielte, gewann immer mehr Dynamik.

Italiens Sonderrolle, einerseits zu den Siegern des Weltkriegs und andererseits zu den Revisionsmächten der Nachkriegsordnung zu zählen, verwies auf den vielfach belasteten Frieden in einem Europa, das sich in einen „Klub konservativer Verteidiger oder doch Anhänger des Status quo“¹⁵ und in Revisions-

¹⁵ Hermann Graml, Zwischen Stresemann und Hitler. Die Außenpolitik der Präsidialkabinette Brüning, Papen und Schleicher (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 83), München 2001, S. 15.

staaten zu spalten begann. Stark vereinfacht standen in den ersten Friedensjahren jene Staaten, denen Gebiete zugesprochen worden waren oder die gar ihre Staatlichkeit den „Vorortverträgen“ zu verdanken hatten, gegen die Länder, die nach Rückgewinnung des Verlorenen strebten. Wie im Falle Italiens durchkreuzten die von nationalstaatlicher Machtpolitik diktierten Interessen jedoch häufig eine solch klare Unterscheidung.

Das galt auch für Polen, das in den Friedensverträgen seine Souveränität zurückerhielt und zum wichtigsten Pfeiler im Allianzsystems Frankreichs wurde: Es sollte nach Westen als Bündnis gegen Deutschland wirken und nach Osten – zusammen mit der Kleinen Entente, einem Bündnisystem zwischen der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien – als Schutzgürtel, als *Cordon sanitaire*, das revolutionäre Russland abschirmen. Hauptsächlich deshalb wurden Polen auf Kosten Deutschlands und Russlands Landstriche zuerkannt, die über die nationalen Siedlungsgebiete hinausgingen: Oberschlesien, Posen und Westpreußen fielen im Westen an den wieder entstandenen Staat wie im Osten Wolhynien sowie Ost- und Westgalizien. Bereits im Jahr 1920 geriet Polen aus diesem Grund mit Sowjetrußland in einen Krieg, der mit dem im März 1921 geschlossenen Frieden von Riga endete. Polen sicherte sich in diesem Vertrag erhebliche Gebietsabtretungen, jedoch blieben die Ergebnisse hinter den ausufernden nationalistischen großpolnischen Träumereien zurück, die sich am Zuschnitt der zwischen 1569 und 1791 bestehenden „Adelsrepublik der polnischen Krone und des Großfürstentums Litauen“ orientiert hatten.

Die Türkischen Befreiungskriege, Mussolinis Korfu-Abenteuer und der polnisch-sowjetische Krieg waren nur drei militärische Konflikte, an denen sich die Instabilität der Nachkriegsordnung zeigte. Vieles, möglicherweise alles hing für die Bewahrung des europäischen Friedens davon ab, ob sich der Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland um Bewahrung und Revision des Status quo entschärfen ließ. Da der deutsche Revisionismus nur solange ungefährlich blieb, wie das Reich schwach war, schien es den ersten französischen Nachkriegskabinetten um der Existenz ihres Landes willen als alternativlos, Deutschland, die potentiell mächtigste Revi-

sionsmacht, im Zustand der (militärischen) Schwäche zu halten.

Als Frankreich im März 1923 einen Verzug deutscher Reparationslieferungen zum Anlass nahm, um in einer vorbereiteten Aktion das Ruhrgebiet militärisch zu besetzen, erreichte die europäische Krise ihren ersten Nachkriegshöhepunkt. Mit militärischer Gewalt setzte Frankreich in Zusammenwirken mit Belgien eine Politik der „produktiven Pfänder“ um, die vor allem das Reparationssystem absichern sollte, das Deutschland niederhielt. Der konfrontative, „passive Widerstand“, zu dem die Reichsregierung aufgerufen hatte, wurde erst im September 1923 abgebrochen und von Gustav Stresemann, mit dessen Namen sich eine bis 1929 währende Ära verbindet, zugunsten einer Verständigungspolitik zwischen Frankreich und Deutschland korrigiert, die Europa stabilisierte. Dass diese Wende der deutsch-französischen Beziehungen nur ein Zwischenspiel blieb, hatte nicht unwesentlich mit der europaweiten Demokratiekrise zu tun.

Europaweite Krise der Demokratie

Das aus dem Weltkrieg scheinbar als Sieger hervorgegangene parlamentarisch-demokratische System verlor in Europa zuungunsten nationalistischer und autoritärer Diktaturen immer mehr an Boden. Die Ursprünge dieser antidemokratischen Tendenz reichten bis weit vor den Weltkrieg zurück, wurzelten im 19. Jahrhundert, beruhten auf dem imperialistischen Denken der Vorkriegszeit und waren maßgeblich die Folge der radikalisierenden Weltkriegswirkung sowie das Ergebnis sozioökonomischer Spannungen. Den epochalen Auftakt bildete das ab Oktober 1922 in Italien errichtete faschistische System; es folgten in den 1920er und 1930er Jahren die ostmittel- und südosteuropäischen Nachkriegsdemokratien, die ihre Staatsordnung in autoritäre Regime umwandelten, ebenso die Entstehung der iberischen Diktaturen. In kaum einem der 1918/19 demokratisierten Staaten überdauerte die neue Staatsform die 1920er und 1930er Jahre.

In Deutschland, das von 1930 an einen antidemokratischen Weg einschlug, kam mit dem Nationalsozialismus eine totalitäre Bewegung an die Macht, die der Kriegs- und

unmittelbaren Nachkriegszeit entstammte und die in ihrem Kern auf Entfesselung eines neuen Krieges zielte. Wie der Faschismus war der Nationalsozialismus nicht einfach eine Nachkriegerschei­nung, die im Zeichen des Revisionismus der europäischen Friedensordnung den Kampf ansagte, sondern ein neuer Typus militanter, expansionistischer Massenbewegung, die sich gegen Demokratie und Sozialismus, jene beiden Strömungen also wandte, die – wie sie selbst – durch den Krieg Auftrieb erhalten hatten. Begünstigt worden war ihr Aufstieg maßgeblich durch die Belastungen der Nachkriegsordnung.

Dass 20 Jahre nach dem Ende des Ersten der Zweite Weltkrieg entfesselt wurde – die jeweils als europäische Kriege begannen –, war nicht die zwangsläufige, aber doch die mögliche, ja sogar wahrscheinliche Folge der Nachkriegsordnung gewesen. Der Erste Weltkrieg hatte Entwicklungen und Tendenzen hervorgebracht, die den Zweiten Weltkrieg erst ermöglichen sollten: Darin lag seine Bedeutung als „Urkatastrophe“¹⁶ des 20. Jahrhunderts, von der im Rückblick der amerikanische Historiker und Diplomat George F. Kennan sprach. Weit über den Ersten Weltkrieg hinaus reichten seine Wirkungen und Folgen, ja, im Grunde auch weit über den Zweiten Weltkrieg hinaus: Mit dem „eigentlich zusammengeordneten Doppelereignis, dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg und dem Ausbruch der Russischen Revolution“ war 1917 zum Epochenjahr geworden. Das „europäische Zeitalter“ endete und wurde abgelöst von zwei globalen Missionsideen, die dem 20. Jahrhundert seine Signatur verliehen: Sozialismus und Demokratie. Eine „neue universalgeschichtliche Epoche“¹⁷ begann sich abzuzeichnen, für die der Historiker Hans Rothfels die Bezeichnung „Zeitgeschichte“ prägte. Diese – gekennzeichnet von der bipolaren Teilung der Welt – endete erst im Epochenjahr 1989/90, das den Auftakt zu einer Periode grundsätzlich neuer Probleme und Aufgaben markiert.

¹⁶ George F. Kennan: Bismarcks europäisches System in der Auflösung: Die französisch-russische Annäherung 1875–1890, Frankfurt/M.-Wien-Berlin 1979, S. 12.

¹⁷ Hans Rothfels, Zeitgeschichte als Aufgabe, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 1 (1953), S. 6f.

Wolfgang Elz

Versailles und Weimar

Am 28. Juni 1919 unterschrieb Deutschland unter ultimativem Druck der Sieger den Versailler Vertrag.¹ Etwa 13 Prozent seines Territoriums musste das Deutsche Reich abtreten; die größten Verluste betrafen im Westen Elsass-Lothringen und im Osten Posen und Teile Westpreußens, die an das neu entstandene Polen gingen. Das Saargebiet fiel unter die Verwaltung durch den Völkerbund, der es Frankreich für 15 Jahre zur Ausbeutung der Kohlegruben überließ. Eine Territorialklausel stellte indirekt auch das im Vertrag verankerte „Anschlussverbot“ für das aus dem zerfallenen Habsburgerreich hervorgegangene „Deutsch-Österreich“ dar. Und zumindest vorübergehend verlor Deutschland die Souveränität über weiteres Reichsgebiet: Links des Rheins und mit Brückenköpfen auf dem rechtem Ufer wurden drei alliierte Besatzungszonen errichtet, die – von Nord nach Süd – in frühestens fünf, zehn und fünfzehn Jahren geräumt werden sollten – vorausgesetzt, Deutschland erfüllte alle übrigen Verpflichtungen des Versailler Vertrags.

Wolfgang Elz

Dr. phil., geb. 1956; Akademischer Oberrat am Historischen Seminar der Johannes Gutenberg-Universität, 55099 Mainz. elz@uni-mainz.de

Das Rheinland und ein 50 Kilometer breiter Streifen rechts des Rheins wurden entmilitarisiert; das Heer durfte lediglich 100 000 länger dienende Soldaten umfassen. Die Flotte wurde auf einige wenige und in der Tonnage begrenzte Schiffe beschränkt, eine Luftwaffe ganz untersagt. Alle neuen und militärisch wichtigen Kriegsgeräte des Weltkriegs – Panzer, Flugzeuge, U-Boote – waren verboten: Diese Reichswehr war „nur für die Erhaltung der Ordnung innerhalb des deut-

¹ Vollständiger Text: Der Vertrag von Versailles. Der Friedensvertrag (...). Amtlicher Text der Entente und amtliche deutsche Übertragung (...). Im Auftrage des Auswärtigen Amtes, Berlin 1924².

schen Gebietes und zur Grenzpolizei“ gedacht.

Als besonders belastend erwies sich die Reparationsfrage. Sie war juristisch an Artikel 231, dem „Kriegsschuldartikel“, aufgehängt: Deutschland war schuld am Kriegsausbruch – folglich war Deutschland haftbar für alle „Verluste und Schäden“, die den Kriegsgegnern entstanden waren. Immerhin erkannten die Gegner an, dass Deutschland diese Summe, die der Theorie nach selbst die Kosten jeder Gewehrkegel und die Rente jeder Kriegshalbwaisen umfasst hätte, nicht zahlen konnte. Aber die Höhe der Reparationen wurde im Versailler Vertrag nicht festgelegt, sondern späterer Festsetzung durch die Sieger übertragen.

Revisionisten

Der französische Ministerpräsident Clemenceau hatte bei der Übergabe der Vertragsbedingungen als Präsident der Friedenskonferenz betont,¹² „daß dieser zweite Versailler Friede (. . .) von den hier vertretenen Völkern zu teuer erkauft worden ist, als daß wir nicht einmütig entschlossen sein sollten, sämtliche uns zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um jede uns geschuldete berechnete Genugtuung zu erlangen“. Tatsächlich war Frankreich mit dem Vertrag aber keinesfalls zufrieden: In den Verhandlungen der Sieger hatten sich ganz unterschiedliche Vorstellungen gezeigt, und insbesondere zwischen den „großen Drei“, neben Clemenceau der britische Premier David Lloyd George und der amerikanische Präsident Woodrow Wilson, war bis an den Rand des Abbruchs verhandelt worden. Frankreich hatte Maximalforderungen durchsetzen wollen, mit der Rheingrenze geliebäugelt, vielleicht gar mit der Auflösung des Reichs und der Rückführung auf den Stand von 1866. Den angelsächsischen Vertretern ging dies entschieden zu weit: Lloyd George wollte die halbhegemoniale Vorkriegsstellung Deutschlands nicht durch eine Kontinentalvormacht Frankreich ersetzt sehen; für Wilson waren die französischen Pläne unvereinbar mit seinen Vorstellungen von der friedlichen und für den amerikanischen Handel

¹² Quellen zum Friedensschluß von Versailles. Hrsg. v. Klaus Schwabe, Darmstadt 1997 (Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte der Neuzeit, Bd. 30), S. 242.

vorteilhaften Nachkriegsordnung in Europa, wie sie in seinem Vierzehn-Punkte-Programm vom Januar 1918 festgelegt war.

Die französischen Motive waren aber nicht rein imperialistisch oder expansiv: Man fürchtete den deutschen Nachbarn, der in fünf Jahrzehnten zweimal Krieg in Frankreich geführt und unermessliche Schäden hinterlassen hatte, den man in demographischer wie in wirtschaftlicher Hinsicht als strukturell überlegen ansah und dessen Angriffspotential daher nachhaltig geschwächt werden musste. Das Ergebnis hinterließ in Frankreich den schalen Beigeschmack, das eigentliche Kriegsziel, nämlich Sicherheit vor Deutschland, nicht erreicht zu haben. Frankreich blieb vorerst eine revisionistische Macht, die in den Folgejahren versuchte, die Möglichkeiten des Friedensvertrags zu nutzen, um die durch den Wortlaut nicht erreichte Sicherheit nachträglich doch noch zu erlangen.

Philipp Scheidemanns Worte am 12. Mai 1919 in der Nationalversammlung waren exemplarisch für die deutsche Reaktion auf die Vertragsbedingungen: „Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln legt?“¹³ Nach seiner Warnung: „Dreimal wehe über die, die heute einen wahrhaften Frieden auch nur um einen Tag verzögern“, erhielt er nach Aufzeichnung des Stenographen „minutenlangen brausenden Beifall im Hause und auf den Tribünen“; die darin zum Ausdruck gebrachte Haltung wurde von der ganz überwiegenden Mehrheit in Deutschland geteilt. Und mit Scheidemann hatte ja nicht etwa ein Ewiggestriger von der monarchistischen Rechten dieses harsche Urteil über den Vertrag abgegeben; er hatte sich im letzten Kriegsjahr Schmähungen im Reichstag anhören müssen wegen des „Scheidemann-Friedens“, für den er vehement eingetreten war, einen Frieden „ohne Kontributionen und Annexionen“.

In Deutschland war für die Mehrheit der Parteien (im Grunde gilt dies für alle Regierungen der Weimarer Republik) von Anfang an klar, dass dieser Vertrag keinen Bestand haben dürfe. Die deutsche Außenpolitik zielte auf Revision der zentralen Vertragsteile.

¹³ Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung. Stenographische Berichte, Bd. 327: 1919, Berlin 1920, S. 1082 ff.

Folglich standen sich mit Frankreich und Deutschland zwei Hauptakteure der europäischen Politik als Revisionisten gegenüber. Revisionismus von Staaten nach einem großen Krieg ist in der Geschichte der Neuzeit keine Ausnahme: Frankreich nach 1815 und vor allem unter Napoleon III. sowie nach 1871, Russland nach dem verlorenen Krimkrieg und erneut – als Sowjetrussland bzw. ab 1922 als Sowjetunion – nach den Territorialverlusten an den Rändern des Russischen Reiches infolge von Weltkrieg und Revolution sind Beispiele dafür, wie Nachkriegsordnungen revidiert werden sollten. Letztlich gilt dies – wenn auch nicht mehr als Großmacht und unter völlig veränderten Bedingungen – selbst für die Bemühungen der Bonner Außenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, die „Deutsche Frage“ offenzuhalten und sich nicht mit der Teilung abzufinden. Die Beispiele weisen indes darauf hin, dass der Begriff Revisionismus nicht präzise genug für eine Beurteilung ist: Es kommt auf Methoden, Instrumentarien und Ziele an.

Belastung der Republik

Der Versailler Vertrag war nicht nur eine der großen Belastungen der Außenpolitik, sondern eines der zentralen Probleme der Weimarer Republik von allem Anfang und bis zu ihrem Ende. Sicher wird man keine direkte Linie ziehen können zwischen der Unterzeichnung in Versailles und dem Untergang der Republik und der Auslieferung des Staates an ein verbrecherisches Regime, wie überhaupt in der Geschichte monokausale Erklärungen meist nichts taugen. Sicherlich war der Versailler Vertrag nur einer unter anderen Faktoren, der Aufstieg und schließlich „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten ermöglichte. Schließlich ist die Feststellung einer Belastung der Republik durch den Vertrag auch noch lange nicht identisch damit, den Siegern des Weltkriegs Schuld zuzuweisen, denn es fragt sich, welcher andere Frieden unter den Bedingungen von 1918/19 wohl möglich gewesen wäre: nach dem ersten totalen Krieg der Geschichte, der nicht nur die Armeen, sondern die beteiligten Gesellschaften bis zum Äußersten mobilisiert hatte und der nur mit intensivster Propaganda bei allen Kriegsparteien über vier Jahre hinweg durchzuhalten war. Wenn der Feind über Jahre als Teufel dämonisiert worden war,

konnte man sich kaum – wie Regierungen und Diplomaten früherer Jahrhunderte – an den Verhandlungstisch setzen, eine Amnesieklausel formulieren und das Prinzip anwenden, dass der Verlierer – unabhängig von jeder moralischen Frage – zu zahlen habe, wie es noch 1871 der Fall war.

Wie sehr dieser Frieden – genauer gesagt: seine Aufnahme in Deutschland – zur Belastung für die Republik wurde, lässt sich leicht zeigen. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung verband den Friedensvertrag sehr schnell mit der Revolution von 1918 und deren Ergebnis: dem neuen Staat, der Republik und der Demokratie. Und wer zusätzlich an die Legende vom „Dolchstoß“ glaubte – und das waren nicht wenige derer, die mit der Novemberrevolution ihr Weltbild zerstört sahen –, wählte die Republik mit dem doppelten Geburtsfehler des Umsturzes und des schmachvollen Friedens auf die Welt gekommen. Der Unmut darüber richtete sich bald gegen die Republik selbst. Dabei wurde übersehen bzw. man konnte es gar nicht wissen, dass Deutschland – gemessen an den französischen Maximalforderungen – eher glimpflich davongekommen war.

Selbst wenn die handelnden Politiker anders gewollt hätten, war die öffentliche Einschätzung des Friedensvertrags keine gute Ausgangsposition für eine Außenpolitik, die sich an den Realitäten eines geschlagenen Staates zu orientieren hatte. Alle zögerlichen Versuche, die Außenpolitik neu zu orientieren, wie sie bei einzelnen Parteien und Politikern unmittelbar nach dem Waffenstillstand vom November 1918 zu sehen sind, wurden schnell verworfen; von Beginn an wurde die Revision in der Konfrontation mit den Siegern und vor allem mit Frankreich gesucht. Allerdings war dies kaum vermeidbar: Jede Regierung, die davon Abstand genommen hätte, wäre angesichts der Stimmung in der Bevölkerung hinweggefegt worden.

Dieser konfrontativen Politik setzten die Sieger und vor allem Frankreich den von Clemenceau formulierten Willen entgegen, den Friedensvertrag bis zum letzten Iota erfüllt zu sehen. Besondere Bedeutung kam der Reparationsfrage zu. Offener deutscher Widerstand oder der Versuch dilatorischer Politik, verschiedene Konferenzen und Verhandlungsrunden gipfelten 1921 in der ultimativen Forderung von 132 Milliarden Goldmark.

Nach dem Scheitern der von der Regierung Joseph Wirth (Zentrum) betriebenen „Erfüllungspolitik“, die eigentlich hatte nachweisen sollen, dass die Forderung der Sieger nicht zu erfüllen war, führte die Reparationsfrage unmittelbar ins Krisenjahr 1923.

Krisenjahr 1923

Rapallo blieb nur ein Intermezzo. Dem Inhalt nach handelte es sich bei dem Vertrag mit der Sowjetunion von 1922 formal um einen Normalisierungsvertrag; um die Wiederaufnahme voller diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen und den gegenseitigen Verzicht auf finanzielle Forderungen. Die dahinterstehende Absicht war allerdings eine andere. Die Sowjetunion, der zweite Paria der Nachkriegsordnung von 1919, war zum einen der Feind des Feindes, nämlich des zwischen beiden Staaten wiedererstandenen Polen, zum anderen hoffte man, sich durch die Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten dem Block der Gegner widersetzen und revisionistische Schritte gehen zu können. Aber die wirtschaftlichen und auch politischen Hoffnungen wurden nie eingelöst. So blieb als längerfristiges Aktivum allein die bereits vor Rapallo eingeleitete und selbst mancher Reichsregierung nicht im Detail bekannte Zusammenarbeit der Reichswehr mit der Roten Armee, mit der Abrüstungsbestimmungen umgangen werden konnten. Als unmittelbares Passivum war dagegen eine Verhärtung der Siegermächte zu verbuchen, die sich in ihren Hoffnungen auf eine gemeinsame Politik gegenüber der Sowjetunion getäuscht sahen und hinter dem Vertrag mehr, nämlich eine explizit antiwestliche militärische Allianz, befürchteten.

Nun führt zwar kein direkter Weg von Rapallo zur französisch-belgischen Ruhrbesetzung vom Januar 1923 und damit in das große Krisenjahr der Republik. Aber die durch den Vertrag verhärtete Beziehung zwischen Deutschland und den Siegern erleichterte dem französischen Premierminister Raymond Poincaré die Argumentation: Für einen geringfügigen deutschen Rückstand bei den Lieferungen von Kohle und Grubenholz schickte er eine Armee von 60 000 Soldaten, schlecht getarnt als Schutztruppe für eine kleine Ingenieursgruppe, ins Ruhrgebiet und damit ins Herz der deutschen Schwerindus-

trie. Der von der Reichsregierung ausgerufene passive Widerstand und der daraus entspringende „Ruhrkampf“ entwickelten sich schnell zum Abnutzungskampf und gewissermaßen zur nachgeholten letzten Schlacht des Weltkriegs. Frankreich griff drakonisch durch; Deutschland setzte seine Hoffnungen darauf, dass Frankreich sein Ziel nicht erreichen werde und man Großbritannien, welches das französische Ausgreifen mit Skepsis verfolgte, auf seine Seite ziehen könne, vielleicht auch die USA, die ebenfalls an einer weiteren wirtschaftlichen Schwächung Deutschlands kein Interesse haben konnten. Doch die übergeordneten Interessen der Briten verhinderten einen offenen Bruch mit Frankreich. Und die USA waren nach ihrem Rückzug aus Europa wirtschaftlich, aber kaum politisch am alten Kontinent interessiert.

Bald entstanden für Deutschland neue Probleme, und die alten verschärfen sich drastisch: Die Nachschublieferungen in die besetzten Gebiete waren schwierig, weil Frankreich eine Grenze zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet zog. Die durch den Widerstand arbeitslos Gewordenen hingen von der finanziellen Versorgung aus Berlin ebenso ab wie die in großer Zahl ausgewiesenen Beamten, die sich Anweisungen der Besatzer widersetzt hatten. So entwickelte sich aus der Inflation, die ihre Wurzeln bereits im Weltkrieg hatte, die Hyperinflation, auf deren Höhepunkt im Herbst das morgens ausgezahlte Geld am Abend nichts mehr wert war.

Die im August gebildete Große Koalition unter Reichskanzler Gustav Stresemann (Deutsche Volkspartei) musste bald einsehen, dass der Kampf gegen Frankreich nicht zu gewinnen war, und schließlich führte kein Weg mehr an der bedingungslosen Kapitulation, also der Aufhebung des passiven Widerstands, vorbei. Damit brach ein Sturm los, der die Einheit des Reichs gefährdete: Links- und rechtsradikaler Putschpläne in Sachsen, wo die KPD den „deutschen Oktober“ vorbereitete, und in Bayern, die im dilettantischen Hitlerputsch kulminierten, konnte die Reichsregierung nur mit Glück Herr werden. Das nach der Kapitulation im Ruhrkampf faktisch isolierte und nicht weiter von der Notenpresse alimentierte Rheinland drohte verloren zu gehen: Der Separatismus rührte sich, und das kam der französischen Besat-

zungsmacht nicht ungelegen, die auf dem Umweg der Ablösung des Rheinlands vom Reich ihre Pläne von 1918/19 nachträglich realisieren wollte. Für einige Wochen hielten Separatisten das linksrheinische Gebiet unter Kontrolle, ehe ihnen aus der Mehrheit der Bevölkerung heraus – und mit geheimer Unterstützung von Reichsstellen – die Macht entrissen wurde.

Großbritannien signalisierte Paris nun deutlich, dass die Unterstützung des Separatismus und eine Abtrennung des Rheinlands den Bogen überspannen würden. Als ab November der Hyperinflation durch die vorübergehende Einführung der „Rentenmark“ wirksam begegnet werden konnte, war die große Krise bewältigt. Die erfolgreiche Behauptung der Republik führte in innen- und außenpolitisch ruhigere Zeiten hinüber. Dennoch hatte das Jahr 1923 längerfristig desaströse Folgen: Vielen Kleinsparern hatte die Inflation ihr Ersparnis entrissen. Damit verloren weitere Teile der Mittelschicht ihr Vertrauen in die Republik, so sie es denn zuvor überhaupt gehegt hatten. Und in der Wahrnehmung der Bevölkerung galt Frankreich nun mehr denn je zuvor, vor allem in den besetzten Gebieten, als Erzfeind.

Stresemanns Außenpolitik

Stresemann, nach dem Ende der Kanzlerschaft Ende November 1923 bis zu seinem Tod Außenminister in allen nachfolgenden Reichsregierungen, hatte die Lektion aus dem Krisenjahr 1923 gelernt: Die Konfrontation mit Frankreich hatte keine Erfolgsaussicht. Der ehemalige Annexionist des Weltkriegs, der sich nur zögernd mit der Realität der Republik abgefunden hatte, entwickelte ein Programm, das von seiner beruflichen Herkunft aus der Wirtschaft geprägt war. Deutschlands Wiederaufstieg in den Kreis der Großmächte und daraus folgend zu Revisionsschritten war an sein wirtschaftliches Potential gebunden und an das Interesse der Amerikaner und in zweiter Linie der Briten an einem ökonomisch gesunden und weltwirtschaftlich integrierten Deutschland. Voraussetzung für Gesundheit und Prosperität waren politisch ruhige Verhältnisse in Europa. Die Bedingung war ein Ausgleich zwischen Deutschland und Frankreich. Dieser konnte nur gelingen, wenn man sich in die Lage Frankreichs ver-

setzte und das Pariser Bedürfnis nach Sicherheit als Realität akzeptierte. Eine offene Konfrontation dagegen verhinderte nicht nur die wirtschaftliche Gesundung, sondern auch jeden Erfolg in der Revisionsfrage.

Frankreichs Erfolg im Ruhrkampf erwies sich schnell als Pyrrhussieg. Der Franc war stark geschwächt, und Großbritannien und die USA hatten großes Interesse daran, Paris die Reparationsfrage als politischen Hebel zu entwinden und sie zu einer finanztechnischen Angelegenheit zu machen. Frankreich musste sich dem beugen, und eine internationale Sachverständigenkommission legte im Frühjahr 1924 den Dawes-Plan vor, der Deutschland zunächst Vorteile brachte. Was schließlich auf der Londoner Konferenz im August 1924 verabschiedet wurde, reduzierte zum einen vorläufig die jährlich zu zahlenden Raten, und zum anderen war Deutschland künftig nur in dem Umfang leistungspflichtig, wie es ohne Gefährdung seiner Währung zahlen könne. Damit war französischem Selbstbedienungsverhalten ein Riegel vorgeschoben. Aber auch auf anderer Ebene war die Londoner Konferenz ein Novum: Deutschland war erstmals seit dem Krieg zu Verhandlungen zugelassen. Stresemann und Reichskanzler Hans Luther hatten die Gelegenheit, am Rande der Konferenz mit den Franzosen über die Räumung des Ruhrgebiets zu verhandeln, die schließlich für 1925 zugesagt wurde.

Spätestens hier muss Stresemann die Tragfähigkeit seines Konzepts – Revisionismus durch Verhandlungen – über die Reparationsfrage hinaus klar geworden sein. Als sich Anfang 1925 wieder dunkle Wolken zeigten, als Frankreich, Großbritannien und Belgien über einen dreiseitigen (und in der Wirkung anti-deutschen) Garantievertrag verhandelten, als schließlich durchsickerte, dass die Kölner Zone nicht zum 20. Januar 1925 geräumt werden würde, weil die Siegermächte die Entwaffnungsbestimmungen als nicht erfüllt ansahen, ging das Auswärtige Amt, vom britischen Botschafter Viscount D’Abernon wiederholt diskret auf diese Möglichkeit hingewiesen, in die diplomatische Offensive: Es schlug Frankreich und Großbritannien einen Vertrag vor, der die deutsche Westgrenze gegen gewaltsame Veränderungen sicherte, zudem die neutrale Zone links und rechts des Rheins für dauerhaft erklärte und Großbri-

tannien (und später auch Italien) als Garanten gegen jede gewaltsame Änderung vorsah.

Nach monatelangen Verhandlungen wurden die entsprechenden Verträge im Oktober 1925 in Locarno paraphiert. Anfängliche französische Einwände waren ausgeräumt worden: Warum die deutsche Ostgrenze zu Polen und zur Tschechoslowakei nicht in gleicher Weise garantiert würde? Ob Deutschland denn bereit sei, als Vorbedingung für einen solchen Vertrag in den Völkerbund (der ihm 1919 verschlossen geblieben war) einzutreten? Stresemann machte deutlich, dass eine vergleichbare Anerkennung der Ostgrenze für einen deutschen Politiker nicht machbar sei; der Völkerbundsbeitritt wurde von Stresemann zugestanden, als London und Paris versicherten, bei einer antisowjetischen Aktion des Völkerbunds Deutschland nicht zur Teilnahme zu zwingen, somit keine Gefahr bestünde, dass die Berliner Beziehungen zu Moskau durch den Beitritt unmittelbar leiden würden.

Voraussetzung für das Zustandekommen der Locarno-Verträge, die im Dezember nach innerdeutschen Komplikationen – Austritt der rechtsgerichteten DNVP aus der Mitte-Rechts-Regierung – in London unterzeichnet wurden, war eine besondere personelle Konstellation gewesen: Stresemann hatte mit dem französischen Außenminister Aristide Briand einen kongenialen Verhandlungspartner gefunden, nachdem Poincaré vorübergehend in den Hintergrund gedrängt war. Austen Chamberlain als britischer Außenminister erkannte die Vorteile eines deutsch-französischen Ausgleichs auch für London, sodass der Preis einer Garantie ihm nicht zu hoch erschien.

Stresemanns Kalkül ging weiter: Er hoffte zeitweilig darauf, Belgien das Gebiet Eupen-Malmédy wieder abzukaufen; in vagen Träumen hing er wohl auch der Idee an, die wirtschaftliche Schwäche Polens zu nutzen und ihm zumindest einen Teil der abgetretenen Gebiete abhandeln zu können. Beides sollte nie Realität werden, aber näherliegend war ohnehin die Rückgewinnung der Souveränität im eigenen Land, und das hieß in erster Linie: die Beendigung der Rheinlandbesatzung. Mit diesen „Rückwirkungen“ hatte er gegenüber einer skeptischen Öffentlichkeit für die Verträge von Locarno geworben. Ein deutsches

Zugeständnis wie der freiwillige Verzicht auf Elsass-Lothringen würde Frankreich zu Gegenleistungen ermutigen. Mühsam rang er um solche Gegenleistungen, aber abgesehen von der Räumung der 1. Zone Ende 1925 sollte es bis 1929 dauern, bis die Räumung des gesamten Rheinlands für den Sommer 1930 von Frankreich zugestanden wurde.

Dabei hatte im Herbst 1926, als Deutschland in den Völkerbund aufgenommen worden war, bei einem geheimen Treffen zwischen Briand und Stresemann im Dorf Thoiry am Genfer See ein Plan zur Gesamtbereinigung aller zwischen Deutschland und Frankreich strittigen Punkte auf dem Tisch gelegen: Deutschland würde Frankreich bei seinen Finanzschwierigkeiten helfen; dafür würde Frankreich das Rheinland räumen, das Saargebiet frühzeitig zurückgeben und nichts gegen eine deutsche Einigung mit Belgien über Eupen-Malmédy unternehmen. Es zeigt die begrenzten Möglichkeiten der beiden Hauptpersonen und somit die Grenzen deutsch-französischer Zusammenarbeit auf, dass diese bilaterale Verständigung bereits nach wenigen Wochen wieder vom Tisch war: In Paris, vor allem aber in London und Washington hatte man ablehnend auf diese aus angelsächsischer Sicht allzu enge deutsch-französische Kooperation reagiert und das Projekt mit finanziellen Fesseln zu Fall gebracht.

Dennoch waren die folgenden Jahre bis zu Stresemanns Tod die friedlichsten Zwischenkriegsjahre in Mitteleuropa. Hauptgrund war die vertrauensvolle Zusammenarbeit der drei Außenminister Stresemann, Briand und Chamberlain, die fast an das Europäische Konzert des 19. Jahrhunderts erinnerte. Zudem war mit der Entpolitisierung der Reparationsfrage der Weg frei geworden für das Einfließen ausländischen, vor allem amerikanischen Kapitals nach Deutschlands und damit für einen gewissen Aufschwung. Auch dies war ein Teil von Stresemanns Kalkül, denn er zielte mit seiner auf Verhandlungen setzenden Außenpolitik auch auf die Innenpolitik: Sein Ideal war es, über die Wiedergewinnung einer deutschen Großmachtstellung mit friedlichen Methoden und den sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Aufschwung auch die „Volksgemeinschaft“ – ein später von den Nationalsozialisten pervertierter Begriff, der in der Weimarer Republik selbst

von gemäßigten Sozialdemokraten verwandt wurde – zu fördern, eine auch politisch-gesellschaftliche Versöhnung der dafür erreichbaren Gruppen auf der linken und rechten Seite des politischen Spektrums. Hier – und wohl nur mit dieser Konzeption – hätte die Chance gelegen, eine Mehrheit der Bevölkerung mit dem revidierten Vertrag zu versöhnen und der Republik ein stabileres Fundament zu geben. Schnelle Erfolge hätten diese Außenpolitik und die erhoffte, innenpolitisch heilsame Wirkung gestützt, aber sie blieben weitgehend aus. Für seinen Weg musste Stresemann gegen vielfache Gegnerschaft im eigenen Land und selbst in der eigenen Partei bis zur Erschöpfung der ohnehin fragilen Gesundheit verbendend arbeiten.

Weltwirtschaftskrise

Schon Hindenburgs Wahl zum Reichspräsidenten im April 1925 hatte offenbart, dass sich eine – wenn auch nur relative – Mehrheit der Bevölkerung lieber vom Heroen des Weltkriegs repräsentiert sah als von seinem nüchternen Gegenkandidaten Wilhelm Marx (Zentrum). Auch wenn Hindenburg als Reichspräsident gegenüber Stresemanns Außenpolitik allenfalls Vorbehalte geltend machte, aber doch letztlich stets nachgab, war diese Wahl kein gutes Zeichen für die Republik. Dabei gewann Deutschland mit seiner Außenpolitik in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre durchaus Ansehen: Es war an internationalen Verhandlungen nun gleichberechtigt beteiligt und spielte gelegentlich eine wichtige Rolle, etwa beim Zustandekommen des Kriegsächtungspakts („Briand-Kellogg-Pakt“) vom August 1928.

Selbst Stresemanns wiederholte Auftritte vor dem Völkerbund zugunsten deutscher Minderheiten in den nach dem Krieg neu entstandenen Staaten wurden ihm nicht negativ ausgelegt, vor allem nicht in Großbritannien, wo man an der Weisheit der territorialen Neuordnung von 1919 ohnehin zu zweifeln begonnen hatte. Sicher standen auch nach Osten gerichtete territoriale Revisionsvorstellungen Stresemanns dahinter. Aber das Entscheidende waren die Methoden: Ein Bruch der Verständigungspolitik gegenüber den Großmächten hin zu brachialer Revision, die letztlich auch Gewalt einschloss, war für ihn nicht nur von der deutschen militärischen

Schwäche her auf längere Sicht ausgeschlossen, sondern von der Konzeption seiner Außenpolitik. Die deutsche Großmachtrolle beruhte auf wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit den anderen wichtigen Wirtschaftsnationen und insbesondere den USA – und diese Zusammenarbeit gab es nur in einem friedlichen Mitteleuropa.

Wie sehr man Deutschland entgegenzukommen bereit war, zeigte sich, als 1929 die Reparationsfrage erneut akut wurde. Allen Beteiligten war klar, dass der Dawes-Plan nicht durchzuhalten war, und wieder aufgrund von Expertenvorarbeiten wurde der Young-Plan aufgestellt, der Deutschland zwar auf lange Sicht – nämlich bis 1988 – zu Reparationen verpflichtete, aber doch vorübergehend Erleichterung brachte. In innenpolitischer Hinsicht wichtiger war jedoch ein Vorgang im Umfeld des Young-Plans. Die NSDAP, bei der Reichstagswahl von 1928 noch eine Splitterpartei, tat sich mit der nach rechts driftenden DNVP zusammen und setzte einen Volksentscheid gegen den Young-Plan in Gang, der auf das Zerreißen des Versailler Vertrags hinauslief. Dass am Ende nur 13,8 Prozent der Wahlberechtigten zustimmten, verdeckt die Bedeutung: Der NSDAP gelang es mit dieser Aktion, sich in den rechten Rand des bürgerlichen Lagers vorzuarbeiten und als Vorhut des „nationalen Lagers“ zu präsentieren. Radikale Agitation gegen den Versailler Vertrag war salonfähig geworden.

Am Rande der Unterzeichnung des Young-Plans hatte Stresemann im August 1929 erreicht, dass für 1930 die endgültige Räumung des Rheinlands zugesichert wurde. Der Außenminister erlebte diesen ersten großen Erfolg seiner Revisionspolitik nicht mehr: Im Oktober 1929 starb der 51-Jährige. Unter seinem Parteifreund und Nachfolger Julius Curtius wurde seine Außenpolitik zwar nicht sofort über Bord geworfen, aber schon die Umstände erschwerten die Weiterverfolgung einer auf Verständigung setzenden Politik. Das innenpolitische Klima wurde rauer in Zeiten der Weltwirtschaftskrise, die im Herbst 1929 in den USA ihren Anfang nahm und sehr schnell nach Europa und insbesondere nach Deutschland hinüberschwappte, wo sich die Abhängigkeit von amerikanischem Kapital nun als fatal erwies. Die Arbeitslosenzahl stieg rasch, und der wirtschaftliche Niedergang war ein idealer Nährboden

für jene, die den Versailler Vertrag und die vermeintliche Knechtung Deutschlands dafür verantwortlich machten. Der große Wahlerfolg der NSDAP bei der Reichstagswahl vom September 1930, als sie mit 18,2 Prozent zweitstärkste Partei wurde, signalisierte vor allem Frankreich, das zuvor schon nur zögerlich zu revisionistischen Konzessionen bereit gewesen war, wie sehr sich der Wind binnen kurzem gedreht hatte. Das erste Präsidialkabinett unter Heinrich Brüning (Zentrum) tat sein Übriges, um die internationale und die innere Anspannung zu verschärfen.

Der von Curtius ohne internationale Absicherung 1931 vorgelegte Vertrag einer deutsch-österreichischen Zollunion wurde von den Nachbarn als Vorstufe für den in Versailles verbotenen „Anschluss“ betrachtet und folgerichtig vom Internationalen Gerichtshof abgelehnt. Brüning verschärfte die Krise, indem er die Aufhebung der Reparationen über alles setzte und dafür mit seiner Deflationspolitik, die den Reparationsgläubigern deutsche Zahlungsunfähigkeit beweisen sollte, den weiteren massenhaften Anstieg der Arbeitslosenzahlen in Kauf nahm. Zwar hatte der auf die Reparationen zielende Teil der Politik letztlich Erfolg: In Reparationsfragen entscheidend war stets das Entgegenkommen der USA, denn die Forderungen von Briten und Franzosen gegenüber Deutschland waren zum Großteil in der eigenen Zahlungsverpflichtung aus Kriegsschulden gegenüber Washington begründet. Daher war das einjährige Moratorium für alle Schuldentilgungen, das Präsident Herbert Hoover im Juni 1931 verkündete, ein wichtiger Schritt, dem schließlich auf einer Konferenz in Lausanne 1932 die faktische Streichung der Reparationsverpflichtungen folgte. Aber innenpolitisch kam in Deutschland jede Wirkung zu spät, und die Folgen der Deflationspolitik waren katastrophal. Die antirepublikanischen Parteien am rechten und linken Rand, NSDAP und KPD, erhielten einen solchen Zulauf, dass parlamentarisches Regieren aussichtslos erschien.

Brüning erlebte das Ende der Reparationen nicht mehr im Amt. Sein Nachfolger Franz von Papen mit dem „Kabinett der Barone“ verschärfte nun noch einmal die außenpolitische Strategie, die von Stresemann überwunden, aber schon unter Brüning wieder als Option entdeckt worden war, nämlich den Ver-

such, Großbritannien und Frankreich gegeneinander auszuspielen. In den Mittelpunkt war nun die Abrüstungsfrage getreten: Der Versailler Vertrag hatte die allgemeine Abrüstung zum Ziel erklärt und die deutschen militärischen Restriktionen nur als deren ersten Schritt definiert. Aber seit Jahren schleppten sich die Verhandlungen am Rande des Völkerbunds über die Umsetzung der Vertragsregelungen hin, und in Deutschland wurde nun – von der NSDAP geschürt – der Ruf nach „Gleichberechtigung“ auch in der Rüstungsfrage immer lauter. Frankreich war angesichts der inneren Entwicklung beim Nachbarn nicht bereit, seinen letzten Trumpf, die militärische Überlegenheit, preiszugeben. Auch nach der Eröffnung der Abrüstungskonferenz im Februar 1932 gab es keine Annäherung, und die deutschen Drohszenarien wurden drastischer.

Fazit

In Anbetracht der krisenhaften Zuspitzung in Deutschland war die Außenpolitik kein unmittelbarer Auslöser für das Geschehen vom Januar 1933. Doch von Anfang an hatten die Außenpolitik und deren Grundlage, die Friedensordnung des Versailler Vertrags, ihren gewichtigen Anteil am Scheitern der Republik.

Stresemanns Versuch, über die Außenpolitik auch die Republik zu stabilisieren, war nicht gerade Episode geblieben, aber hatte sich nicht etablieren können. Dass der früheren Unzufriedenheit in Deutschland über die mangelhaften revisionistischen Erfolge noch für einige Jahre nach 1933 der Irrtum bei den Siegern des Weltkriegs folgte, Hitler würde mit seinem brachialen Vorgehen lediglich diese Revision betreiben, setzte die zerstörerische Wirkung des Vertrags fort. Hitlers schnelle Erfolge mit den vermeintlich auf Revision zielenden Schritten verliehen dem Regime in Deutschland Popularität wie kaum etwas anderes. Als er 1940 im Wald von Compiègne endlich die „Schmach von 1919“ getilgt zu haben schien, wie man in weiten Kreisen glaubte, erwies sich dies kurze Zeit darauf als fatale Fehleinschätzung, als er nicht nur die europäische Friedensordnung von 1919 endgültig zerriss, sondern auch Deutschland in den Untergang führte.

APuZ

Nächste Ausgabe 52/2008 · 22. Dezember 2008

Idole – Kult

Hubert Knoblauch

Populäre Religion und Transformation der Gesellschaft

Karl Gabriel

Jenseits von Säkularisierung und Wiederkehr der Götter

René Schlott

Der Papst als Medienstar

Ulrich Steuten · Hermann Strasser

Lady Di – Die moderne Madonna

Andreas Dörner

Der Eventfilm als geschichtspolitisches Melodram

Ronald Hitzler · Michaela Pfadenhauer

Arbeitsalltag einer Kultfigur: Der Techno-DJ

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.



Redaktion

Dr. Katharina Belwe
Dr. Hans-Georg Golz
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Manuel Halbauer (Volontär)
Johannes Piepenbrink
Telefon: (0 18 88) 5 15-0
oder (02 28) 9 95 15-0

Internet

www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Druck

Frankfurter Societäts-
Druckerei GmbH
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main.

Vertrieb und Leserservice

- Nachbestellungen der Zeitschrift
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung einschließlich
APuZ zum Preis von Euro 19,15
halbjährlich, Jahresvorzugspreis
Euro 34,90 einschließlich
Mehrwertsteuer; Kündigung
drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes

Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main.
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
parlament@fsd.de

Die Veröffentlichungen
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke herge-
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

Modris Eksteins

3-6 Deutschland und der Große Krieg

Der Große Krieg ist ein wichtiger Eckstein für die moderne Welt, denn er repräsentiert den Übergang von einem Zeitalter des Imperiums und der Gewissheit zu jenem der Unsicherheit und Verschiedenartigkeit. Deutschland steht im Zentrum dieses Übergangs, als repräsentative wie auch als agierende Kraft.

Andreas Wirsching

6-12 Die paradoxe Revolution 1918/19

Von Beginn an ist die deutsche Revolution von 1918/19 kontrovers diskutiert worden. Konzentriert auf die Kriegsniederlage, die überhasteten Oktoberreformen und die tiefen Gegensätze in der Arbeiterbewegung, spitzt der Beitrag die Widersprüche der Revolution thesenhaft zu.

Nadine Rossol

13-18 Weltkrieg und Verfassung als Gründungserzählungen

Demokratische Politiker und republikanische Organisationen versuchten, den Weltkrieg und die Weimarer Verfassung als Teil einer Gründungserzählung zu präsentieren. So sollte die junge Demokratie in eine Tradition eingebettet und das Vermächtnis des Weltkriegs für die Republik reklamiert werden.

Robert Gerwarth

19-25 Bismarck und die Weimarer Republik

Die Erinnerung an Bismarck diente nach 1918 vor allem rechten Kreisen als Instrument zur Verbreitung ihrer Ideologie und zur Popularisierung eines Führerkultes, den Hitler nach 1929 zu nutzen verstand. Versuche der Linken, den Bismarck-Kult der Republikgegner zu bekämpfen, blieben weitgehend folgenlos.

Lars Lüdicke

25-31 Die neue Staatenwelt nach 1918

Die Wirkungen des Weltkriegs lasteten als Hypothek auf der europäischen Nachkriegsordnung, in der neue Konflikte weitaus wahrscheinlicher als ein dauerhafter Frieden waren. Der Erste Weltkrieg hatte Entwicklungen und Tendenzen hervorgebracht, die den Zweiten Weltkrieg erst ermöglichen sollten.

Wolfgang Elz

31-38 Versailles und Weimar

Die Außenpolitik war kein unmittelbarer Auslöser für das Geschehen vom Januar 1933. Doch von Anfang an hatte ihre Grundlage, die Friedensordnung des Versailler Vertrags, und insbesondere deren Wahrnehmung in Deutschland, ihren gewichtigen Anteil am Scheitern der Republik.